

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN



Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands

Nr. 13 vom 30. März 1984

18. Jahrgang

1 DM

Der Abschied

Bilder potenziert Peinlichkeiten im Fernsehen am Montagabend. Abschied für General Kießling, große Demonstration des Offizierskorps, Kübchenkundgebung der Damen. Wörner nach Kräften bemüht, vom Fernsehen hilfreich unterstützt, alles so darzustellen, als handele es sich um einen bedauernden Zwischenfall.

Was in keiner Weise stimmt. Derentsprechende Untersuchungsausschuß jedenfalls bringt, trotz aller Taktik, serienweise Tatsachen ans Licht, die die wahren Verhältnisse zeigen.

Nicht nur, daß Wörners verschiedene Beteuerungen, er habe es nicht besser wissen können, sich als falsch erwiesen, das ist eher eine Nebensache: Kohl weiß, welchen Schlags die Männer sind, die er will.

Nein, wichtiger ist, daß einmal mehr Hunderte von Überprüfungen gelaufen sind, von Computerlisten ausgespuckt, von Agenten überprüft, die eben keine Generale sind, um die sich die Medien in der Regel auch nicht kümmern.

Die Maschinerie bundesdeutscher Geheimdienste, sie funktioniert, aller Unkenrufe zum Trotz — und sei es nur, was den „Sektor“ Massenüberprüfungen anbelangt. Bei diesen Tatsachen erstaunt es wenig, daß die Regierungsparteien mit aller Macht verhindern, daß ein Abgeordneter der Grünen in den zuständigen parlamentarischen Kontrollausschuß kam — er hätte ja tatsächlich einiges von den schmutzigen Geheimnissen der Dienste an die Öffentlichkeit bringen können.

Wer in diesem Vorgang einen Disziplinierungsversuch gegenüber den Generalen sieht oder gar den Versuch einer Abhilderung eines angeblichen Rüstungskritikers (wie es beispielsweise die „UZ“ der DKP über Wochen krampfhaft beibehielt), der unterschätzt nicht nur, was an diesem Montagabend noch nochmals deutlich zur Schau gestellt wurde: Die Interessensgemeinschaft der Generale, sondern vermischt die Front. Denn die Arbeit dieser Geheimdienste richtet sich in der Tat stets gegen „das Volk“, wohingegen solch ein Fall tatsächlich ein „Ausrutscher“ ist. Der Ausrutscher aber war nur der Militarist Kießling, nicht die anderen massenhaften Heimsuchungen.

Überall: Verhandlungen ergebnislos abgebrochen

Urabstimmung statt Schlichtung!

Warnstreikbewegung ausgeweitet

In allen Tarifbezirken sind die Verhandlungen zwischen der IG Metall und den Metall-Kapitalisten ohne Ergebnis abgebrochen. Zum Teil verbunden mit der demonstrativen Weigerung der Unternehmer, „unter dem Druck der Straße“ zu verhandeln, zum Teil nach einigen Minuten. Damit steht, zum ersten Male nach den „Langzeitverhandlungen“, die seit Dezember in fast monatlichem Abstand stattfanden, die Frage der Schlichtung im Raum — gestellt von den Kapitalisten.

Aber mehr denn je zuvor erweist sich in der gegebenen Lage diese Schlichtung als ein Instrument im Dienste der Unternehmerverbände. Unter den jetzigen Bedingungen kann ja eine Schlichtung realistisch nur die Auswirkung haben, die IG Metall — sofern sie an ihrer Forderung festhält — öffentlich ins Unrecht zu setzen, eine Szene zu gestalten, in der der Öffentlichkeit ein Bild gezeigt wird, in der eine Gewerkschaft sozusagen Kampf um jeden Preis haben will, keinerlei Vorschläge zugänglich, nicht kompromissfähig.

Oder aber es wird dort der Kurs der „Signale“, fortgesetzt, wie ihn Franz Steinkühler mit seinem „Spiegel“-Interview öffentlich begann. Dann wird die Schlichtung dazu dienen, die bisher erreichte Mobilisierung wieder rückgängig zu machen. Denn daß die bisherige Warnstreikkampagne mobilisierend gewirkt hat, das können selbst die Kapitalisten nicht ganz verleugnen, auch wenn sie ihre Lügenpropaganda fortsetzen.

Empfehlungen oder Beschlüsse, oder gar nichts?

EG-Verhandlungen auf allen Ebenen: Die Krise geht weiter

Nach dem erneut gescheiterten Gipfeltreffen der Regierungschefs der EG-Mitgliedsstaaten macht sich hektische Betriebsamkeit breit. Die Agrarminister verhandeln erneut, die Außenminister wollen sich treffen, andere Besprechungen werden vorbereitet oder mit weniger öffentlichem Aufsehen durchgeführt. Lösungen erscheinen aber schwierig.

Irland, Italien und Griechenland haben die vorläufige Übereinkunft der Agrarminister faktisch bereits wieder außer Kraft gesetzt, der Zahlungsstreit zwischen Frankreich, der BRD und Großbritannien geht unvermindert weiter. Bauernprotest gibt es in nahezu allen Staaten.

Die Politik der Bundesregierung faßt in dieser Situation Außenminister Genscher in einem „Spiegel“-Interview noch einmal zusammen. Er bekräftigte die besondere Interessiertheit „der BRD“ am Weiterbestehen der EG. Und zwar aus zwei Gründen, wie er betonte. Ein-

Stellt sich die Bedeutung der Schlichtung aufgrund der bisherigen Entwicklung so, so kommt noch hinzu, daß ja ganz direkt die Möglichkeit einer Schlichtung (einmal — unzutreffend — vorausgesetzt, sie wäre wirklich ein neutrales Instrument) schon von daher nicht gegeben ist, daß es ja keine neutrale Kraft gibt. Das ganze bürgerliche Lager, einschließlich der SPD, hat sich



gegen die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich ausgesprochen. Von daher kann der nächste Schritt der IG Metall, wenn ihre Taktik wirklich auf einen erfolgreichen Kampf abzie-

mal aufgrund der wirtschaftlichen Möglichkeiten „für unseren Export“, zweitens aufgrund der politischen Ziele wie der sogenannten Wiedervereinigung, die sich in diesem Rahmen eben stärker verfolgen lassen. Wobei zusätzlich noch unterstrichen, daß die einstige Aufteilung, die BRD verdient an der Industrie, Frankreich an der Landwirtschaft, heute schon lange nicht mehr stimme, die BRD verdiene an beiden Bereichen.

Die EG als Markt, die Profite des Grokkapitals und des Agrarkapitals im weitesten Sinne, die politische Kraft unter einer Vormachtstellung der

len sollte, nur die Einleitung der Urabstimmung sein. Urabstimmung — das ist der einzig mögliche nächste Schritt, wenn tatsächlich der Kampf entfaltet werden soll — denn auch hier wird sich erweisen, daß Aktion mobilisierend wirkt. Die Warnstreiks, von denen viele in kleineren und mittleren Betrieben stattfanden, haben gerade in diesem — in der ganzen Vorbe-

reitungsphase schwierigeren — Bereich zur Mobilisierung beigetragen, nun wird es auch darauf ankommen, in den Großbetrieben solche Aktionen zu machen.

BRD — das sind die Gründe, warum sich gerade die Bonner Regierung so vehement für die EG einsetzt, auch bereit ist, dafür aus der Steuerkasse zu bezahlen, andere Steuergelder kommen schließlich auch den Konzernen zugute.

Die werktätige Bevölkerung hat, trotz aller entsprechenden Propaganda von angeblich größerem Warenangebot usw. nichts von dieser EG, außer überhöhten Preisen, straffere Rationalisierung durch das Stahlkartell und mehr Steuern zu bezahlen.

Deshalb kann die aktuelle Krise der EG der werktätigen Bevölkerung nicht nur egal sein — raus aus der EG ist die einzige Schlußfolgerung, eine Forderung, die sich direkt gegen die Pläne der westdeutschen Imperialisten richtet.

Diese Woche



1927 FSLN 1981

RM-Poster

Bis zum Sommer dieses Jahres, bis zum 5. Jahrestag der Revolution in Nicaragua wird der Rote Morgen monatlich ein Plakat mit Motiven der nicaraguanischen Revolution veröffentlichen. Das erste Plakat befindet sich in der Mitte dieser Ausgabe auf den Seiten 6 und 7.

Das Plakat hat der Verlag RM in kleiner Auflage auf besserem Papier zusätzlich drucken lassen, es kann zum Preis von 3DM zzgl. Portokosten bestellt werden. Adresse: RM-Verlag, Postfach 30 05 26, 4600 Dortmund 30.

Berichte von BR-Wahlen — Seiten 4 und 5
Hunger in Afrika — Seite 10



20 000 in der Westfalenhalle Bauernprotest gegen Kiechle und EG

Mehr als 20 000 Bauern versammelten sich am vergangenen Freitag zu einer Großkundgebung in der Dortmunder Westfalenhalle. Im Zentrum der Kritik und des Protestes stand Bundeslandwirtschaftsminister Kiechle, der die in der Sitzung der EG-Agrarminister gefaßten Beschlüsse vertrat.

Kiechle, der mit einem gellenden Pfeifkonzert empfangen wurde, immer wieder von Proteststürmen begleitet, verteidigte die EG-Beschlüsse als Maßnahmen, die den Bauern wieder eine Zukunft geben würden. Dieses Argument, Arbeitern bekannt aus zahllosen Entlassungsfeldzügen in den Betrieben, zog nicht. Der Protest ging weiter, so daß selbst ein solcher Nutznießer des EG-Systems wie der Freiherr von Heereman sich zu kritischen Worten aufraffen mußte.

Verhältnismäßig sehr stark waren im Verlauf der Veranstaltung die Bekundungen vieler

Bauern darüber, daß sie sehr wohl wissen, wer von diesem EG-Agrarmarkt profitiert. Stark vertreten in der Kritik waren insbesondere kleinere Milchbauern, denen eine geplante Quotierung die Existenzgrundlage entziehen würde. Chemie- und Nahrungsmittelkonzerne wurden aus diesen Gründen verstärkt angegriffen.

Der massive Bauernprotest, dessen bisheriger Höhepunkt die Dortmunder Veranstaltung war, wird weitergehen. Dabei wird die Forderung nach einem Austritt aus der EG verstärkt vertreten.

Antifaschisten in Stade: 1 000 gegen NPD-Parteitag Korrespondentenbericht aus Hannover

Rund 1 000 Antifaschisten hatten sich am Samstag, 24. März, auf dem Pferdemarkt in der Stader Innenstadt versammelt, um gegen den Landesparteitag der NPD, der zur gleichen Zeit in Stade abgehalten wurde, zu protestieren.

Anschließend gab es eine Demonstration durch die Stader Innenstadt zum Tagungslokal der Faschisten. Dieses aber war, wie üblich, von einem starken Polizeiaufgebot weiträumig abgesperrt, so daß die Demonstranten gezwungen waren, umzukehren und wieder in die Stader Innenstadt zu ziehen. Dort fand dann auch die Abschlußkundgebung statt.

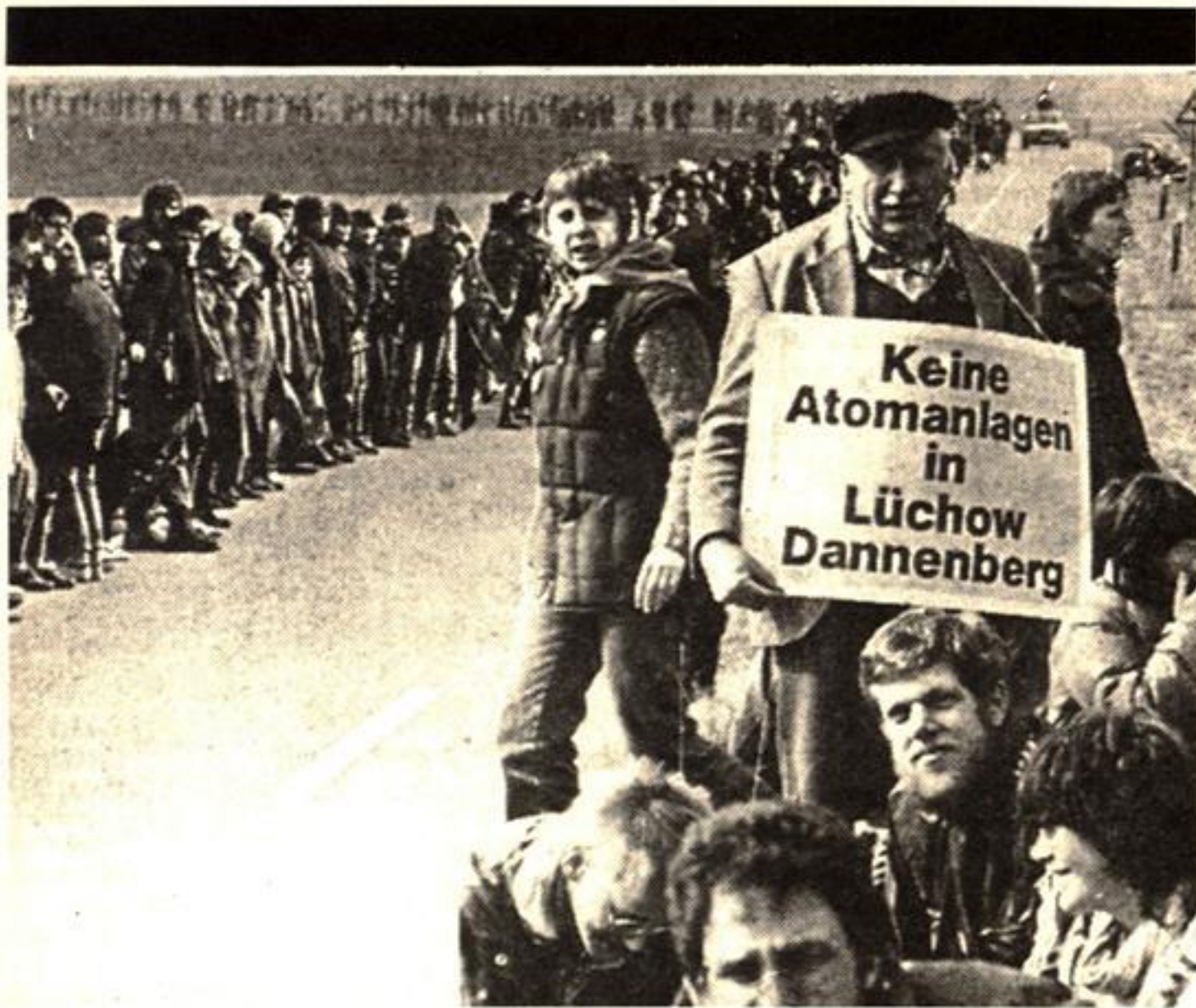
Die NPD hatte ursprünglich vorgehabt, an diesem Tag mit Flugblättern, Ständen und Kundgebungen in der Stader Innenstadt für ihre faschistische Partei zu werben. Diese Absicht wurde von den Antifaschisten vollständig verhindert. Stattdessen gab es an diesem Tag in Stade einen antifaschistischen Aktionstag. Schon morgens ab neun Uhr wurden Informationsstände aufgestellt und Flugblätter verteilt; Transparente, auf denen das Verbot der NPD und aller anderen faschistischen Organisationen gefordert wurde, waren an verschiedenen Stellen aufgespannt.

Die Aktionseinheit, die sich gegen den NPD-Parteitag gebildet hatte, hatte schon in den Tagen vorher mit einer Diskussionsveranstaltung, einem anti-

faschistischen Film und einer Mahnwache gegen den Landesparteitag der NPD protestiert. Der DGB, der leider die Demonstration am Samstag nicht unterstützt hat, hielt am Freitagabend eine antifaschistische Kundgebung ab, an der sich zahlreiche Gewerkschafter beteiligten.

Während der Auftaktkundgebung zur Demonstration forderten viele Redner das Verbot der NPD und aller anderen faschistischen Organisationen. Das Verbot der NPD war auch die Hauptforderung der Volksfront, die sich mit einem starken Block an der Demonstration beteiligte.

Die Landesverbände Niedersachsen, Hamburg und Bremen hatten mit einem gemeinsamen Flugblatt und Informationsständen in mehreren Städten zur Beteiligung an der Demonstration in Stade aufgerufen. Diese Aktionen waren von der KPD und BWK unterstützt worden. Angesichts der zunehmenden Aktivitäten der NPD und anderer faschistischer Organisationen erscheint es notwendig, daß alle Antifaschisten ihren Kampf für das Verbot dieser Organisation verstärken.



Menschenkette in Gorleben: 12 000 bis 15 000 Menschen beteiligen sich an der ersten großen Aktion gegen die AKW-Mafia seit langer Zeit. Der Teilnehmerkreis habe sich, so berichteten verschiedene Beteiligte, gegenüber früher wesentlich verändert. Auch gab es größere Debatten um die Aktionsform, die als erste Stufe eines mehrmonatigen Plans gedacht war. Wie auch immer: Die Tatsache einer relativ breiten Beteiligung (auch wenn sie unterhalb mancher Erwartung gelegen hat) ist ein Erfolg, die Hoffnung interessierter kapitalistischer Kreise, die Anti-AKW-Bewegung sei total am Ende, erfüllte sich nicht, die WAA bleibt „im Gespräch“.

Landtagswahl in Baden-Württemberg

Alles zu Spät(h)?

Das Ergebnis der Landtagswahl in Baden-Württemberg gibt, auf den ersten Blick zumindest, jenen recht, die da meinten, es werde sich sowieso nichts ändern, sei sowieso alles zu spät(h). Absolute Mehrheit für die CDU, Gewinne für die Grünen, Stagnation der SPD, FDP weiter reduziert, Stagnation der DKP. Die politische Bewertung dieses Ausgangs ist aber so einfach nicht.

Tatsache ist, daß die CDU erneut einige Stimmen verloren hat. Ihre massiven Wählerpotentiale vor allem im ober-schwäbischen Raum waren der Rettungsanker für die absolute Mehrheit. Leichte Verluste — anders kann man es nicht bezeichnen — von 1,5 Prozent kann sie aber verkraften.

Über die SPD wurde nur sehr viel über ihre Stagnation geschrieben. Über Lang contra Späth. Ausgeklammert wurde in der Regel die politische Stoßrichtung ihres Wahlkampfes. Ausdrücklich war Lang mit dem Vorsatz angetreten, die SPD nach Eppler weiter nach rechts zu drücken, was ihm auch sichtbar gelang, ohne positives Stimmergebnis. Dann wurde entweder gleich das CDU-Original gewählt oder die Grünen. Damit soll keineswegs frischweg behauptet werden, mit einem linken, offensiveren Wahlkampf hätten mehr Stimmen gewonnen werden können — darum geht es auch überhaupt nicht. Es geht nur darum, daß eine Anpassung nach weiter rechts sich weder stimmenmäßig lohnte, noch natürlich in der Lage war, irgendwelche mobilisierenden Alternativen aufzuzeigen.

Im Stammländle wurde die FDP auf den vierten Platz zurückgestuft, und selbst ein Genscher hatte da schon erhebliche Mühe, daraus noch eine erfolgreiche Bilanz zusammenzufassen.

Der Erfolg der Grünen ist unbestritten das Überraschendste an diesem Wahlausgang — weniger die Tatsache überhaupt, mehr der Umfang in dem sie zulegt. Neben den vier großen

Universitätsstädten, wo sie zwischen 14,9 und 20,6 Prozent der Stimmen gewannen, waren sie vor allen Dingen aber in solchen Wahlkreisen mit vielen Angestellten und Beamten erfolgreich — was die Frage ihrer künftigen Entwicklung noch sehr scharf stellen wird.

Was das Wahlergebnis der DKP betrifft, so muß man schon die Frage stellen, wie es denn mit dem in den letzten Monaten so stark propagierten enormen Wachstum dieser Partei wohl wirklich aussieht, wenn es überall in den Wahlen keinerlei Vorwärtsbewegung gibt, auch nicht in geringem Ausmaß.

„Machen wir halt weiter miteinander (Späth) — Wenn's für Baden-Württemberg ist (Lang)“ — dieser Dialog vor der Fernsehkamera ist sehr bezeichnend für die politischen Verhältnisse, die da herrschen — und eben nicht nur da. Wenn Späth dieses Wahlergebnis als Bestätigung für seine Sparpolitik auf Kosten der Werktätigen wertet („bei einer solchen Politik mußte ich Verluste einkalkulieren“), so kann man sich bei der SPD, die im Bund ja schließlich eine ebensolche, wenn auch weniger systematische Politik betrieb, darüber wohl nicht ernsthaft beschweren. Zumal wenn man auch heute keine alternative Politik anbietet, sondern sich weiterhin dem Kapital als besserer Geschäftsführer anpreist.

In Baden-Württemberg, wo die wirtschaftlichen Verhältnisse eben noch besser sind als anderswo, wirkt eine solche SPD-Haltung noch weniger gegen die CDU. Die übrigens in Wahlkreisen mit überdurch-

schnittlicher Arbeitslosigkeit überdurchschnittliche Verluste hinnehmen mußte.

Was bleibt als Fazit? Im Land der rigidesten Sparpolitik, der wohl reaktionärsten Kultur- und Bildungspolitik, wo ein Filibuster immer noch (oder wieder) zur Elite gehört, also 51,9 Prozent für die CDU. Die SPD hat dagegen in den vergangenen Jahren alle ihr als bürgerlicher Partei zur Verfügung stehenden Mittel angewandt: erfolglos. Die einzige Partei, die als grundlegende Opposition verstanden werden konnte, die Grünen, hat aber am meisten hinzugewonnen. Um so mehr erscheint es deshalb als eine dringende Notwendigkeit, mit allen Kräften dafür zu arbeiten, daß sich eine klassenmäßige Opposition im Interesse der Arbeiterklasse entwickelt, die dann allmählich in die Lage kommt, eine sichtbare Alternative zu werden.

Einen anderen, einfacheren Weg gibt es nicht. Denn daß die Grünen ein „Vehikel sozialistischer Politik“ sein könnten, kann man nach dieser Wahl nur mit ebensowenig Berechtigung behaupten wie vorher, angesichts der mobilisierten Wähler eher weniger.

Eine solche Politik können und wollen die Grünen ebenso wenig machen wie die SPD, auch wenn sie in Baden-Württemberg linker antraten als bei den letzten Wahlen, als in den letzten Jahren. Insgesamt gesehen sind solche Wahlergebnisse das Resultat jahrzehntelanger Politik der Klassenzusammenarbeit, das natürlich, bei einem in vielen Bereichen so überdurchschnittlich kleinbürgerlich durchdrungenen Proletariat wie in Baden-Württemberg, besonders krass ausfällt.

Das Potential für eine „Bewegung“ ist also so gering nicht — nur wird es keinesfalls alleine im parlamentarischen Rahmen zu mobilisieren sein.

Otto Wolf sprach beim „Goslarer Pancket“

Lehrstück in bürgerlicher Demokratie

„Verhältnis zwischen Parteien und Wirtschaft wieder realistisch gestalten“

Der Präsident des Deutschen Industrie- und Handelstages, Otto Wolf von Amerongen, sprach am vergangenen Wochenende auf dem traditionellen Bankett in Goslar, das als Jahrestreffen von „Wirtschaft, Kultur und Medien“ etabliert ist. In seiner Rede, die vom DIHT verbreitet wurde, ging er hauptsächlich auf das Verhältnis von Parteien und „Wirtschaft“ in der BRD ein.

Als wichtigste Aufgabe bezeichnete von Amerongen, daß in diesem Verhältnis wieder „die Realität“ den ersten Platz einnehmen müsse. Was er damit meinte, war, daß Großspenden aus Kapitalkreisen an Parteien in der Öffentlichkeit als normal dargestellt zu werden haben. Jeder könne spenden, also auch die Wirtschaft (womit natürlich stets die Unternehmer gemeint sind), also auch Großkonzerne, dies müsse als gemeinnützig anerkannt werden. Diese Forderung richtete sich natürlich an die anwesenden Vertreter von Fernsehen, Funk und Presse. Widerspruch war aus diesen Reihen nicht zu vermelden.

Es sei völlig normal, so Amerongen, daß ein Unterneh-

mer ein Interesse daran habe, daß eine Partei, die in der Wirtschaftspolitik dieselben Auffassungen habe wie er selbst, diese Partei auch unterstütze. Dies alles soll, nach den Wünschen des DIHT, künftig so etwa unter dem Motto laufen, ein Mensch unterstützt eine Partei. Gleiches Recht für alle, heißt das dann, wenn die Millionen fließen, die Presse auf ihre Anzeigen guckt, die schlechte Betriebslage in täglichen Rundschreiben ausgemalt wird und was alles noch so zum Arsenal kapitalistischer Wahlbeeinflussung gehört. Die Arbeiter dürfen ja schließlich auch Millionen spenden, Zeitungen verlegen, ein eigenes Fernsehprogramm machen, ihre

Beziehungen spielen lassen — nirgendwo steht, daß dies verboten ist. Bürgerliche Demokratie, in der Tat, so stellt sich Amerongens Wunsch dar. Im klassischen Sinne: Demokratie von und für Bürger, Bourgeois, Kapitalisten.

Ebenso völlig normal muß für die Arbeiter der Gedanke werden, daß sie so eine Demokratie nicht haben wollen, nicht brauchen können, daß sie sie ausschließt. „Alle vier Jahre entscheiden, wer das Volk im Parlament ver- und zertreten darf“, so beschrieb Lenin einst das Wesen solcher bürgerlicher Demokratie, daran hat sich wahrlich nichts geändert. Wollen die Arbeiter für sich selbst Macht und Einfluß, dann werden sie dies stets im Kampf gegen die Macht des Kapitals erringen müssen, gegen solche Leute wie von Amerongen, der es für so normal hält, daß er und seinesgleichen sich „Parteien halten“.

Neues Wahlgesetz in NRW

Wählen am Zweitwohnsitz nicht mehr möglich

Initiative der CDU/Münster erfolgreich

Der Düsseldorfer Landtag verabschiedete in der vergangenen Woche eine Änderung zum Wahlgesetz wonach es künftig nicht mehr möglich ist, auf Antrag an seinem zweiten Wohnsitz wählen zu dürfen. Diese Änderung wurde bezeichnenderweise einstimmig von SPD und CDU verabschiedet.

Diese Maßnahme richtet sich vor allem natürlich gegen Studenten, die in der Vergangenheit, wie auch in Bayern und Niedersachsen noch möglich, öfters von der Möglichkeit Gebrauch machten, an ihrem zweiten Wohnsitz zu wählen statt am ersten Wohnsitz.

Die CDU Münster, die dort die absolute Mehrheit hat, ergriff diese Initiative, um rechtzeitig vor den Kommunalwahlen in NRW die Gefahr, die daraus an potentiellen Grünen Stimmen wächst, zu beseitigen. Die SPD unterstützte dies sofort. Vor den

Kommunalwahlen im Herbst war beiden Parteien dieses Mittel recht — denn die Universitäten in NRW sind in der Regel zahlenmäßig groß und auch hier, wie in anderen Bundesländern, eine Hochburg für die Grünen.

Schon nach den ersten Wahlerfolgen der Grünen hatte es ja aus den Reihen der CDU/CSU mehrfach Stimmen gegeben, die notfalls eine Änderung des Wahlrechts forderten, um die eingetübte Wahl zwischen CDU und SPD aufrecht zu erhalten. Hier wird nun — auf

einem Nebensfeld sozusagen — ein erster Schritt in eine solche Richtung getan. Die SPD, statt der einst versprochenen Demokratisierung des Kommunalwahlrechts, trägt nun diese Beschneidung dieses Rechtes voll und ganz. Statt „Wahlrecht für Ausländer“ wie es noch auf vergilbten SPD-Papieren steht, nun also eine faktische Einengung des Wahlrechts für Studenten — so kann man Versprechung und Wirklichkeit der Rau-Regierung gegenüberstellen.

Denn für die Studenten, die oft jahrelang aufgrund wirtschaftlicher Verhältnisse mit zwei Wohnsitzten leben, ist dies eine Einengung und keineswegs die Abschaffung eines Luxusgutes.

Westberliner Abgeordnetenhaus

AL-Abgeordneter Kunzelmann ausgeschlossen

Am Donnerstag letzter Woche wurde der Abgeordnete der Alternativen Liste im Berliner Abgeordnetenhaus, Dieter Kunzelmann, für zwei Tage von den „Arbeiten des Hauses“ ausgeschlossen. Dies ist ein neuer Höhepunkt der bundesweiten CDU-Kampagne, Grüne und Alternative als undemokratisch, untragbar usw. darzustellen.

In der Tat ist ein solcher Ausschluß in Berlin jedenfalls eine Neuheit. Begründet wurde er damit, daß Kunzelmann zuerst nicht zur Sache gesprochen hätte und anschließend ausfällig geworden sei. Dabei hatte Kunzelmann nichts anderes getan, als bei der Debatte um die Wahl eines AL-Mitgliedes in das Präsidium des Hauses auf die ständigen Attacken der Abgeordnetenhausverwaltung (die dem Präsidium untersteht) hinzuweisen.

Die inzwischen schon bekannten Zwischenrufe der CDU-Rechten (wie Senator Wronski „Methoden wie die Nazis“) heizten die Stimmung entsprechend an, am Ende zogen die AL-Abgeordneten und einige SPD-Abgeordnete aus, die Regierungsparteien machten weiter, der SPD-Fraktionsvorstand forderte alle Seiten (!) zum Nachdenken auf.

Der politische Druck, der hier mit solchen Mitteln erzeugt

wird, wie dem Ausschluß eines, um es in der blumigen Sprache bundesdeutscher etablierter Politik zu sagen, vom Volke frei gewählten Abgeordneten, stößt in zwei Richtungen. Einerseits soll er die Grünen und speziell die Alternativen in der Öffentlichkeit in die Ecke der dubiosen Kräfte stellen, wobei man sich selbst von dem an sich lächerlichen Nazi-Vorwurf (welch eine umgedrehte Welt)

einiges verspricht. Das soll dann auf der Ebene „diktatorische Methoden bei Rechten und Linken“ wirken. Andererseits soll natürlich auch Druck auf die entsprechenden Parlamentsfraktionen usw. erzeugt werden, sich endlich endgültig den Spielregeln dieser bürgerlichen Demokratie zu unterwerfen.

Solch weitgehende Maßnahmen kannte man in der Vergangenheit im wesentlichen gegen kommunistische Abgeordnete, heute geht man so weit, sie gegen jede Art „neuer Opposition“ anzuwenden. Deshalb ist dies erst recht ein Grund für alle demokratischen Kräfte, dagegen zu protestieren.

Impressum

Herausgeber: ZK der KOMMUNISTISCHEN PARTEI DEUTSCHLANDS (Marxisten-Leninisten) KPD

Verlag Roter Morgen GmbH, 46 Dortmund 30, Postfach 300526. Bestellungen an Vertrieb, 46 Dortmund 30, Postfach 300526. Postscheckkonto Nr. 79 600-461. Bankkonto: Stadtparkasse Dortmund Nr. 321 000 290 (Verlag Roter Morgen), Telefon: (0231) 43 36 91 und 43 36 92. Verantwortlichen Redakteur: Detlef Schneider, Dortmund. Druck Alpha-Druck GmbH, 46 Dortmund. Erscheinungsweise wöchentlich freitags. Einzelpreis 1 DM. Abonnement: 60 DM für 1 Jahr, 30 DM für 1/2 Jahr. Die Abo-Gebühren sind nach Erhalt der Vorausrechnung zu zahlen. Sobald die Rechnung beglichen ist, wird die Lieferung aufgenommen. Kündigungen müssen bis spätestens einen Monat vor Ablauf bei uns eingehen.

CDU setzt Grüne mit Nazis gleich

Am Mittwoch, dem 21.3., befaßte sich der hessische Landtag in einer aktuellen Stunde mit dem Treffen der SS-Division Totenkopf, das vom 30.3. bis 1.4. im hessischen Oberaula stattfinden soll. Ein Antrag der Grünen zur Verurteilung dieses Treffens bekam nur die Stimmen der SPD-Abgeordneten. CDU und FDP stimmten dem Antrag nicht zu.

Begründung des CDU-Fraktionschefs Gottfried Milde: die Grünen hätten kein Recht, sich „als Gralshüter der Demokratie aufzuspielen“. Zum Beweis dafür führte Milde Mitglieder der Grünen an, die aus verschiedenen Anlässen gerichtlich verurteilt wurden und sagte wörtlich: „Das sind genau solche Handlungen, die Sie den Leuten vorwerfen, über die Sie hier geredet haben.“

In das gleich Horn blies die FDP, deren Fraktionschef Wolfgang Gerhardt erklärte, daß die FDP nicht bereit sei, gemeinsam mit den Grünen einen Antrag zuzustimmen und der die Grünen aufforderte, erst mal ihr Verhältnis zur Gewalt zu klären.

Mal ganz abgesehen davon, daß es CDU und FDP ja unbenommen gewesen wäre, selber einen Antrag zur Verurteilung des Treffens der Waffen-SS im Landtag einzubringen (oder zumindest die Mitglieder ihrer Parteien, die an diesem Treffen teilnehmen werden, zu bestrafen), ist die Gleichsetzung von Mitgliedern der Waffen-SS mit den Grünen, die der CDU-Abgeordnete Milde hier betrieb, ungeheuerlich. Ungeheuerlich und gefährlich. Denn von den „nationalen Hilfstrophen“, wie Franz Josef Strauß die Neo-Nazis bezeichnete, werden solche Wortattaken so verstanden, daß man die „grünen Volksfeinde“ aus dem Weg schaffen soll. Die Schüsse,

die erst kürzlich auf einen Redner der Grünen bei einer Veranstaltung in München abgegeben wurden, sind ein Alarmzeichen ...

Es muß aber auch noch etwas zum Verhalten der SPD gesagt werden. Es ist sicher zu begrüßen, daß die Abgeordneten der SPD dem Antrag der Grünen zugestimmt haben. Aber wenn der geschäftsführende Innen- und Justizminister Herbert Günther (SPD) erklärt, daß man leider keine rechtliche Handhabe besitzt, um das Treffen zu verhindern, so ist das nur eine halbe Wahrheit.

Sicher, es stimmt, daß die Waffen-SS nicht verboten ist. Es stimmt aber auch, daß die Organisationen der Waffen-SS durch einen einfachen Beschluß des Bundesinnenministers verboten werden können. Als die SPD noch an der Regierung war, hat sie ein solches Verbot nicht aussprechen wollen. Heute nutzt sie ihre Möglichkeiten im Bundesrat nicht aus, um entsprechende gesetzliche Initiativen einzubringen. Und vor allem: Auch ohne jegliche rechtliche Handhabe hätte die SPD in Hessen erhebliche Möglichkeiten, das Treffen der Waffen-SS zu verhindern. Denn wer glaubt ernsthaft daran, daß das Treffen noch stattfinden würde, wenn die SPD alle ihre Anhänger und Wähler gegen dieses Treffen mobilisieren würde?

Friedensbewegung trifft konkrete Vorbereitungen

Volksbefragung am 17. Juni

Der Koordinationsausschuß der Friedensbewegung hat in seinem ersten Rundbrief '84 die Beschlüsse der Kölner Aktionskonferenz über die Kampagne Volksabstimmung, Hinweise zur Organisation und Vorbereitung der Kampagne und einen Überblick über die Materialien, die man dazu beim Koordinationsausschuß bekommen kann, veröffentlicht.

Kernstück der Kampagne Volksbefragung ist die Durchführung von Volksbefragungen am 17. Juni, dem Tag der Wahlen zum Europäischen Parlament. Diese selbstorganisierte Volksbefragung ist die Antwort der Friedensbewegung darauf, daß die Bundestagsabgeordneten von CDU/CSU, FDP und SPD im November letzten Jahres geschlossen einen Gesetzentwurf der Fraktion der Grünen über die Durchführung einer konsultativen Volksbefragung über die Stationierung der amerikanischen Mittelstreckenraketen abgelehnt hatte.

Die selbstorganisierte Volksbefragung am 17. Juni kann natürlich nicht das politische Gewicht haben, da eine konsultative Volksbefragung im letzten Jahr gehabt hätte. Trotzdem könnte sie wichtige politische Pluspunkte für die Friedensbewegung bringen, wenn sie erfolgreich verläuft. Denn sie bietet der Friedensbewegung nicht nur die Chance zu einer breiten Aktivierung der Bevölkerung. Sie ist zugleich auch eine Demonstration gegen die seltsame Demokratie in der Bundesrepublik, die dem Bürger

ger zwar das Recht gibt zu wählen, ihm aber zugleich das Recht verweigert, auf konkrete wichtige Entscheidungen, wie es die Frage der Stationierung war und ist, Einfluß zu nehmen.

Die Bourgeoisie sieht das sehr wohl. Und verschiedene

fährt. Der ehemalige Bundesverfassungsrichter Benda sieht das System der repräsentativen Demokratie in Frage gestellt. Gegen die Volksbefragung haben sich auch bereits Politiker der Bonner Parteien zu Wort gemeldet, darunter auch Otto Schily, dem die Sache nicht legal genug ist.

Dieser politische Druck wirkt sich aus. Es ist kein Geheimnis, daß die Volksbefragung am 17. Juni auch in der Friedensbewegung umstritten

Materialien zur Volksbefragung

Plakate „Volksbefragung“ DIN A 1	 Stück à 0,60 DM
Plakate „Volksbefragung“ DIN A 2	 Stück à 0,40 DM
Plakate „Volksbefragung“ DIN A 4	 Stück à 0,10 DM
Buttons „Volksbefragung“	 Stück à 1,50 DM
Aufkleber „Volksbefragung“	 Stück à 1,00 DM
Dias „Volksbefragung“	 Stück à 5,00 DM
(Kleinform für Kinowerbung)	
Aufrufe (Flugblätter) „Volksbefragung“	 Stück à 0,05 DM
Massenzettelung „Volksbefragung“	 Stück à 0,10 DM
(Anfang April, Preis incl. Porto)	
Organisationsleitfaden „Volksbefragung“	 Stück à 3,00 DM
(Mitte April)	
Rundbrief '84 Nr. 1 (dieser)	 Stück à 0,50 DM
Rundbrief '84 Nr. 2 (Mai)	 Stück à 0,50 DM
Diese Materialien sind zu bestellen bei: Koordinationsbüro, Estermannstr. 179, 5300 Bonn (geliefert wird nur gegen Vorkasse)	

Stellungnahmen machen deutlich, wo das bürgerliche Lager die politische Brisanz dieser selbstorganisierten Volksbefragung sieht. Der Bundeswahlleiter sieht das „in Revolutionen durchgesetzte“ Recht der freien Wahl durch eine Volksbefragung vor den Wahllokale ge-

ist. Bedenken, ob die Volksbefragung am 17. Juni zu einem Erfolg wird, lassen sich von daher sicher nicht einfach vom Tisch wischen. Trotzdem nützt es niemandem, jetzt von einer „vorprogrammierten Niederlage“ zu reden. Ob die Volksbefragung zu einem Erfolg wird oder nicht, wird sich in den nächsten Wochen entscheiden. Es kommt jetzt darauf an, in den Friedensinitiativen auf eine politische Entscheidung zu drängen und konkret mit den Vorbereitungen zu beginnen.

Meldungen

Ein Kind erschossen ...

... wurde vor einem Jahr in München. Der Polizist Konack erschoss damals den erst 14-jährigen Jürgen Bergbauer. Todeschuss. Das Urteil für den Polizisten: sechs Monate Gefängnis auf Bewährung, verkündet unter dem Jubel seiner Kollegen im Zuschauerraum.

Rund 400 Menschen gedachten jetzt mit einem Schweigemarsch des Schölers. Auf Plakaten protestierten sie gleichzeitig dagegen, daß dem Täter praktisch nichts passiert ist. Er tut als „Freund und Helfer“ auch weiter Dienst ...

... bis der Polizeistock brach

Bei einem Polizeieinsatz gegen Hausbesetzer im Juni 1981 in Berlin waren zwei Polizeibeamte, nachdem die Auseinandersetzungen an sich schon vorbei waren, in unglaublich brutaler Weise über zwei junge Frauen hergefallen. Sie hatten so lange auf die Köpfe zweier wehrloser junger Frauen, die sich völlig passiv verhielten, eingeschlagen“ (so die gerichtliche Feststellung), bis der Schlagstock zerbrach!

Das Berliner Gericht, das den Fall jetzt verhandelte, zeigte sich zwar entsetzt, verurteilte die beiden Polizeibeamten aber lediglich zu 11 Monaten Gefängnis auf Bewährung(!) und zu einer Geldstrafe. Auch diese beiden Polizisten werden also weiter frei herumlaufen und weiter ihren Dienst tun können.

Und das ausgerechnet in Berlin, wo Demonstranten, die allein deswegen, weil sie mal einen Stein in der Hand hatten, Widerstand geleistet haben sollen usw. jahrelang in U-Haft kommen und zu Gefängnisstrafen von mehreren Jahren verurteilt werden.

Warum wird die „Friedensliste“ nicht unterstützt

Das ZK der KPD hat Anfang März beschlossen, für keine Partei, die zu den Europa-Wahlen am 17. Juni kandidiert, eine Wahlempfehlung auszusprechen. Für die „Friedensliste“, die sich anlässlich dieser Wahlen neu gebildet hat, möchten wir das kurz begründen.

Die „Friedensliste“ gründete sich offiziell auf einer Veranstaltung in Bonn am 18. März. Es existierte aber schon längere Zeit ein Vorbereitungsausschuß, dem u.a. Manfred Coppik von den DS, Uwe Knickrehm von der DKP und Christoph Strässer von den Jungdemokraten angehört. Getragen wird die Friedensliste, was Organisationen anbetrifft, vor allem von der DKP und der DFU sowie von Teilen der DS. Persönlichkeiten, die die Friedensliste unterstützen, sind u.a. Uta Ranke-Heinemann, Ingeborg Drewitz, Ewald Lienen.

Im Programm der Friedensliste heißt es: „Die Friedensfrage und der Protest gegen die Raketen soll den Europawahlkampf bestimmen.“ Das wird mit Sicherheit nicht der Fall sein und wäre in einer Situation, in der schwerwiegende Wirtschaftskrisen und Massenarbeitslosigkeit in allen Ländern der EG die Situation bestimmen, sicher auch nicht wünschenswert. Trotzdem hat es natürlich seine politische Berechtigung, vom Standpunkt des Kampfes für den Frieden an den Europa-Wahlen teilzunehmen. Hier setzt unsere Kritik nicht an. Zu kritisieren ist die Friedensliste deshalb, weil sie den eigenen Anspruch, eine politische Alternative für die zu bieten, die sich von der SPD und von den Grünen nicht vertreten fühlen, nicht erfüllt.

Was die Friedensliste im Abschnitt des Programms „Es gibt

nichts Wichtigeres als den Frieden“ aufführt, bleibt entschieden hinter dem zurück, was seit einiger Zeit in linken Teilen der SPD und bei den Grünen diskutiert wird. Da wird zwar von der Bundesregierung die Zurücknahme des Stationierungsbeschlusses gefordert und dafür plädiert, daß die EG-Länder sich „von der aggressiven Politik der derzeitigen US-Regierung“ lösen sollen. Aber zu einer klaren Stellungnahme gegen die NATO

Bösen' (Reagan) muß echter Verständigungswille, die Respektierung der Sicherheitsinteressen beider Seiten treten“ (Hervorhebung von uns — RM), dann ist die Friedensliste hier von den sozialdemokratischen Vorstellungen über Sicherheitspartnerschaft wirklich nicht mehr weit entfernt.

Außerdem. Glaubt man der Friedensliste, so haben die EG-Länder selbst anscheinend überhaupt keine aggressiven und expansionistischen Absichten. Der Falkland-Krieg, der Krieg Frankreichs gegen den Tschad, die Einnischung der EG in den Krieg im Libanon usw. — all das sind für die Friedensliste keine Probleme.

Die Nummer 7 der „Kommunistischen Hefte“, der theoretischen Zeitschrift der KPD, mit Schwerpunktthema „Europa der Monopole“, dazu, sozusagen als Kontrastprogramm, eine Rede Enver Hoxhas über die albanische Landwirtschaft. Zu bestellen beim Verlag Roter Morgen, Postfach 30 05 26, 4600 Dortmund 30, Preis 6,— DM.



kann sich die Friedensliste nicht durchringen, geschweige denn, daß sie für den Austritt aus der NATO eintreten würde. Im Gegenteil. Wenn es im Programm beispielsweise die „wirkliche Entspannung zwischen den Systemen und Blöcken“ beschwört und es dann heißt: „An die Stelle der Verunglimpfung der anderen Seite als ‚Hort des

Ausgesprochen befremdlich ist auch der Programmteil über die EG selbst. Da ist zwar in der entsprechenden Überschrift (aber auch nur dort) einmal vom Westeuropa der Großkonzerne die Rede. Aber wie ernst ist das gemeint, wenn beispielsweise im Hinblick auf den Abbau der Massenarbeitslosigkeit in den EG-Ländern vom notwendigen

Ostern für den Frieden

Ostern wird marschiert — das war der einhellige Beschluß der letzten Aktionskonferenz der Friedensbewegung in Köln. Die Ostermärsche sind im Protest gegen die sogenannte Nachrüstung wieder zu neuem Leben erwacht. Hunderttausende haben in den letzten Jahren teilgenommen.

Die Friedensbewegung hat in diesem Kampf eine Niederlage erlitten. Die Stationierung der Pershing II und Cruise Missiles hat begonnen. Die Ostermärsche als bundesweite Massenaktionen für den Frieden haben dadurch nicht an Bedeutung verloren. Ganz im Gegenteil.

Es gilt auch weiterhin, gegen die von der Bundestagsmehrheit gegen den Willen von 75 Prozent der Bevölkerung beschlossene Stationierung der amerikanischen Raketen Widerstand zu leisten.

Termine

Herbstmanöver im „Fulda Gap“

Im sogenannten „Fulda Gap“ in Hessen werden in diesem Jahr großangelegte Manöver der NATO stattfinden. Zur Vorbereitung der Aktivitäten der Friedensbewegung zu diesem Manöver findet am 7./8. April in der Fachhochschule Fulda, Marquardtstr. 35 ein bundesweites Vorbereitungstreffen statt. Beginn: Samstag, 13.00 Uhr.

Treffen betrieblicher Friedensinitiativen

Die betrieblichen Friedensinitiativen Ruhr treffen sich am 31.3.84 in der Gesamtschule Scharnhorst in Dortmund. Kontakt: c/o Hoesch-Friedensinitiative, Uli Schmitz, Ostermarschbüro Ruhr, Königswall 22, 4600 Dortmund 1, Tel.: (0231) 141153

Es gilt jetzt erst recht, für den Austritt der Bundesrepublik aus der NATO einzutreten. Denn mit dem „Airland-battle“-Konzept, in dem die Cruise Missiles und Pershing II ihren festen Platz haben, will Reagan die NATO auf ein Konzept vereinigen, in dem der Angriffskrieg schwarz auf weiß festgeschrieben ist.

An den neuen konventionellen Waffensystemen, mit denen die NATO für diese Zwecke ausgerüstet werden soll, werden sich die internationalen Rüstungskonzerne eine goldene Nase verdienen. Die Werktätigen aber werden dafür — wie immer — bezahlen müssen: mit ihren Steuergeldern, mit noch mehr Sozialabbau, mit noch mehr Arbeitslosigkeit.

Alle Genossinnen und Genossen sind deshalb aufgerufen, an den Ostermärschen teilzunehmen und dafür zu mobilisieren. Für die sofortige Zurücknahme des Stationierungsbeschlusses durch die Bundesregierung! BRD raus aus der NATO! Neutralität! Gegen Rüstungswahnsinn und Sozialabbau! Radikale Senkung der Rüstungsausgaben!

Wir werden in der nächsten Ausgabe des „Roten Morgen“ über die geplanten Aktivitäten in den einzelnen Regionen und Städten berichten. Je mehr Berichte wir von den Genossen vor Ort dazu bekommen, desto besser!

Mönninghoff/Hattingen

Teilerfolg im Kampf um die Arbeitsplätze

Nach wochenlanger Besetzung des Betriebes und vielfältigen Protestaktionen gegen die Banken und die Landesregierung von NRW konnte die Mönninghoff-Belegschaft jetzt im Kampf um ihre Arbeitsplätze einen Teilerfolg verbuchen. Die Hausbanken WestLB und BfG konnten zur Gewährung eines Kredits von 8 Millionen bewegt werden. 350 Kolleginnen und Kollegen haben die Produktion wieder aufgenommen.

In einem Schreiben des Aktionskomitees der Mönninghoff-Belegschaft an alle Unterstützer des Kampfes, in dem für die Beweise der Solidarität gedankt wird, wird die Lage so eingeschätzt:

„In Teilbereichen des vom Konkursverwalter am 21.02.84 stillgelegten Betriebes haben mittlerweile 350 Kolleginnen und Kollegen die Arbeit wieder aufgenommen. Außerdem werden seit dem 1.3.84 alle Auszubildenden weiterbeschäftigt. Allerdings ist die teilweise Weiterproduktion zunächst nur gesichert bis zum 30.6.84. Auch ist der überwiegende Teil der Belegschaft nach wie vor ohne Beschäftigung.“

Für uns bedeutet das: Unser Kampf muß weitergeführt werden mit dem Ziel, über den

30.6.84 hinaus die Arbeitsplätze aller Kolleginnen und Kollegen der Fa. Mönninghoff dauerhaft zu sichern.“

Das Aktionskomitee der Belegschaft und die IG Metall Hattingen fordern zum Erhalt der Arbeitsplätze jetzt folgendes:

„Es soll eine gemeinnützige Stiftung gegründet werden, deren Vermögen aus Grundstücken, Gebäuden und Maschinen besteht, die vom Land NRW, von der Stadt Hattingen

und den beteiligten Banken, insbesondere WestLB und BfG eingebracht werden. Diese Stiftung wird neben anderen möglichen Kapitalgebern Gesellschafterin der ebenfalls neuzugründenden Fortführungsgesellschaft. Im Rahmen dieser Fortführungsgesellschaft wird die Produktion im größtmöglichen Umfang fortgesetzt. Daneben übernimmt die Stiftung unter Beteiligung des Berufsbildungswerks des DGB die Trägerschaft einer neuzugründenden Berufsbildungsstätte, die nicht nur den Belegschaftsangehörigen, sondern darüber hinaus der gesamten Region zur Verfügung steht.“ (Aus dem Schreiben des Aktionskomitees)



F. Steinkühler hat's gerichtet

H. Ziegenfuß wird nicht 1. Bevollmächtigter der IGM / Bremen

Was lange währt, wird endlich schlimm: Nachdem der Hauptvorstand der IG Metall auf seiner letzten Sitzung offiziell nicht dazu gekommen war, die Frage der Bestätigung von Hans Ziegenfuß, den die Bremer IGM-Vertreter mit 86 zu 81 Stimmen gegen den seit 16 Jahren amtierenden Arno Weinkauff zum neuen Bevollmächtigten gewählt hatten, zu entscheiden, fand am 19. März Franz Steinkühler Zeit zu einem Abstecher nach Bremen. Ergebnis: Hans Ziegenfuß wird nicht 1. Bevollmächtigter.

Offensichtlich wurde Ziegenfuß klargemacht, daß der IGM-Vorstand seine Wahl zum ersten Bevollmächtigten nicht bestätigen werde, daß zudem die hauchdünne Mehrheit von fünf Stimmen in der Bremer Vertreterversammlung nicht mehr bestünde. Bereits vorher war bekannt geworden, daß bestimmte Bremer Vertreter — häufig genannt der Vulkan-Betriebsrat Schönberger — gezielt bearbeitet wurden, um die Mehrheit für H. Ziegenfuß in der Bremer Vertreterversammlung zu Fall zu bringen.

In der Tat war die Mehrheit für Ziegenfuß unter den Bremer

Vertretern wohl eher Ausdruck von Wut und Empörung über die Machenschaften des Arno Weinkauff als Ausdruck einer einigermaßen zielklaren Opposition gegen die rechtssozialdemokratische Politik. Darauf deutet jedenfalls die Tatsache hin, daß der linke Klöckner-Vertreter nicht genügend Stimmen für die Wahl in die Ortsverwaltung erhielt.

Nachdem Steinkühler die Karten so neu gemischt hatte, erklärte Ziegenfuß jedenfalls, er würde das Amt des Bevollmächtigten nicht annehmen. Auf einer neuen Vertreterversammlung soll nun Hans Meinking als

Mann des Apparats kandidieren. Er ist langjähriger Sekretär in Bremen und hat im wesentlichen die Politik Arno Weinkauffs mitgetragen. Daß er es, nachdem H. Ziegenfuß das Handtuch geworfen hat, mit einem Gegenkandidaten zu tun kriegt, gilt nicht als wahrscheinlich. Auch Arno Weinkauff wird nicht kandidieren. Er ist vom Vorstand für eine Tätigkeit im Bereich Tarifpolitik vorgesehen.

Steinkühler soll gegen Ziegenfuß ausdrücklich politisch argumentiert haben. Es gehe darum, eine „drohende Polarisierung der Ortsverwaltung“ zu vermeiden. Insbesondere wird H. Ziegenfuß aber wohl sein Auftreten beim Münchner Gewerkschaftstag der IG Metall vorgeworfen. Ziegenfuß nahm damals unter anderem an einer oppositionellen Alternativveranstaltung teil.

Dagegen ist Steinkühler

wohl von der Schlammschlacht, die der Hamburger Bezirkssekretär Otto vom Steeg gegen H. Ziegenfuß begonnen hatte (Einbehalten von Aufsichtsratsvergütungen), abgerückt. Wie verlautet, werden derartige Vorwürfe vom IGM-Vorstand als „erledigt“ betrachtet. Es soll sogar eine Erklärung des Inhalts geben, daß grundsätzlich keine Einwände gegen eine hauptamtliche Tätigkeit von H. Ziegenfuß bestünden. Gemunkelt wird, daß Ziegenfuß von IGM-Funktionären zugesichert worden ist, er werde nach dem Auslaufen seines Vertrages mit AG Weser im Sommer „nicht arbeitslos“ werden.

Hans Ziegenfuß hat zwei Tage vor dem Steinkühler-Besuch in Bremen auf einer Abschiedsversammlung der AG Weser-Belegschaft das Verhalten von Hauptamtlichen ihm gegenüber in den letzten Wochen als „menschliche Niedertracht“ bezeichnet.

Betriebsratswahlen Bremer Vulkan

Niederlage für Echolot-Gruppe

Das Ergebnis der Betriebsratswahlen auf dem Bremer Vulkan bietet wenig Grund zur Freude: die Echolot-Gruppe um den bisherigen Betriebsratsvorsitzenden Fritz Bettelhäuser, die noch vor drei Jahren 14 Sitze erobert hatte, konnte nur noch 5 Sitze erringen. Gewinner der Betriebsratswahl sind eher rechte sozialdemokratische Kräfte.

Daß es rechten sozialdemokratischen Kräften gelungen war, im Betrieb eine gewisse Opposition gegen Fritz Bettelhäuser und die Echolot-Gruppe zu formieren, wurde bereits im Herbst 1982 deutlich. Die Unternehmensleitung hatte damals ein Sanierungskonzept vorgelegt, das eine erhebliche Reduzierung der Belegschaft vorsah. Als der Betriebsrat seine Zustimmung verweigerte, gelang es rechten Sozialdemokraten rund 500 Kollegen zu einem Marsch zum Betriebsratsbüro zu veranlassen, um vom Betriebsrat die Zustimmung zu

dem Konzept der Unternehmensleitung zu fordern, weil die Werft sonst angeblich ganz kaputt ginge.

Bei der Betriebsratswahl hat offensichtlich die Frage der Überstunden eine Rolle gespielt. Bettelhäuser und die bisherige Betriebsratsmehrheit nahmen eine ziemlich konsequente Haltung gegen Überstunden ein, während die „Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen“ (AfA) der SPD für eine „flexiblere“ Haltung eintrat.

So hat die Echolot-Gruppe im Betriebsrat in vielen Fragen eine richtige und konsequente

Haltung eingenommen, aber andererseits nicht genügend dafür getan, das in der Belegschaft zu vermitteln und ihre Arbeit zu verbreitern.

In einem Interview mit der TAZ erklärt Fritz Bettelhäuser das damit, daß die Kräfte der Echolot-Gruppe weitgehend in der Betriebsratsarbeit absorbiert worden seien, und was im Büro festgebunden sei, fehle am Arbeitsplatz.

Das Problem ist sicher jedem linken Betriebsrat bekannt. Nur ist das keine hinreichende Erklärung für eine solche Wahlniederlage. Es wäre schlimm, wenn es so wäre. Daraus müßte ja direkt geschlossen werden, daß linke Gewerkschafter besser nicht für linke Betriebsratsmehrheiten kämpfen.

Daß die Echolot-Kollegen es versäumt haben, für die im Betriebsrat vertretenen Positionen eine Basis in der Belegschaft zu schaffen, wird auch daran deutlich, daß für geraume Zeit das „Echolot“, die Zeitung der Gruppe, gar nicht mehr erschien. Tendenzen, fortschrittliche Politik als „Politik an der Gewerkschaft vorbei“ aufzufassen, begünstigten zudem sicher nicht den Zusammenschluß der klassenkämpferischen Kollegen, sondern erschweren es, daß für richtige Positionen die notwendige organisierte Kraft im Betrieb entsteht. Hier liegen sicher mit die Gründe dafür, warum die rechtssozialdemokratischen Kräfte so viel Boden gut machen konnten.

Daimler-Benz/Hamburg

Erfolg für „Alternative“

Die 2500 Beschäftigten bei Daimler-Benz in Hamburg sind zu 95 Prozent in der IG Metall organisiert. Bei der Betriebsratswahl errang aber die Liste „Alternative“ 39,5 Prozent der Stimmen und sieben Sitze im Betriebsrat. Damit blieb sie nur um einen Sitz hinter der IG Metall zurück. Die Liste „Alternative“ gibt es seit 1975 im Betriebsrat. Die IG Metall hatte mit Ausschlüssen reagiert und jede Einbeziehung der Alternative-Betriebsräte in die Betriebsratsarbeit abgelehnt. Selbst die Einsicht in alle Unterlagen des Betriebsrates mußten die Alternative-Betriebsräte per Gerichtsbeschluß erwirken. Im Vorfeld der Betriebsratswahlen versuchten die eingessenenen

IGM-Betriebsräte diesen Kurs fortzusetzen. Wiederaufnahme-Bemühungen von ausgeschlossenen Alternative-Betriebsräten wurden mit der Forderung auf Verzicht auf eine erneute Kandidatur bei den Betriebsratswahlen gekontert. Das Angebot der „Alternative“, auf eine eigene Liste zu verzichten, um Persönlichkeitswahl zu ermöglichen, wurde abgelehnt. Einige rechte IGM-Vertreter streuten im Wahlkampf im Betrieb sogar die Drohung aus, wer die Opposition wähle, stünde auf der Entlassungsliste ganz oben. Die Wahl hat gezeigt, daß die Opposition bei Daimler-Benz in Hamburg sich so nicht ausschalten läßt.

Betriebsratswahlen MBB/Bremen

Große Koalition gegen Aktive Metaller

Die Betriebsratswahlen bei MBB-Bremen (früher: Vereinigte Flugtechnische Werke) brachten folgendes Ergebnis: Die Liste der Aktiven Metaller errang sechs Sitze, was als Erfolg gewertet werden kann, eine eher sozialdemokratisch orientierte Liste der IGM erhielt 11 Sitze, 10 Sitze im Angestelltenbereich (der Angestelltenanteil an der Belegschaft beträgt ca. zwei Drittel) fielen an die unternehmerabhängige Gruppe unabhängiger Betriebsräte (GUB) und an die DAG.

Nach der Wahl kam es nun zur großen Koalition gegen die Aktiven Metaller: BR-Vorsit-

zender Ladewig und sein Stellvertreter von der IGM-Liste behalten ihre Posten, dafür gibt es jetzt GUB/DAG-Mehrheiten in allen Ausschüssen. Im Betriebsausschuß sitzen jeweils vier Vertreter der IGM-Liste und der GUB, ein DAG-Vertreter darf Zünglein an der Waage spielen.

Um die Aktiven Metaller draußen zu halten, haben die offiziellen IGM-Betriebsräte sich mit Leuten verbündet — und sich von ihnen abhängig gemacht —, die „Wehrtechnik“-Aufträge reinholen wollen, den Kampf für die 35-Stunden-Woche aber ablehnen.

Anzeige

Abonniert die RGO-Nachrichten!

Werdet Mitglied der RGO!

Seit Januar werden die „RGO-Nachrichten“ nur noch an Abonnenten geliefert. Auch die Einzelmitgliedschaft in der RGO läuft nun über das Abonnement der „RGO-Nachrichten“.

- Nur 10 Mark im Jahr für Interessenten
- 20 Mark im Jahr für Gönner und Förderer der RGO
- Für Mitglieder 30 Mark im Jahr (einschließlich Jahresbeitrag und Mitgliedskarte)

Bei Mehrfach-Abos ab 5 Stück Sondertarife nach Absprache! Zusätzlich für Mitglieder und Förderer: kostenlos die unregelmäßig erscheinenden Sonderlieferungen mit Berichten, Analysen, Dokumentationen, Anleitungen ...

RGO-Nachrichten Postfach 41 03 32 46 Dortmund 41

Bestellung eines Jahresabonnements der RGO-Nachrichten/Einzugsermächtigung

Ich möchte ab 19.... die 2monatlich erscheinenden RGO-Nachrichten abonnieren.

Name

Vorname

Straße/Haus-Nr.

Wohnort

Ich bestelle:

- das Normalabonnement zum Preis von 10,— DM im Jahr
- das Förderabonnement zum Preis von 20,— DM im Jahr
- das Mitgliedsabonnement zum Preis von 30,— DM im Jahr

Die Abonnementsgebühren sind jährlich im voraus zu bezahlen. Ich zahle durch:

☐ Einziehungsauftrag ☐ Dauerauftrag ☐ Barzahlung/Einzulüberweisung

Einzugsermächtigung

Hiermit ermächtige ich die Revolutionäre Gewerkschafts-Organisation, Dortmund, meine Abonnementsgebühren bis zu meinem schriftlichen Widerruf jeweils bei Fälligkeit zu Lasten meines unten angegebenen Kontos einzuziehen:

Bank-/Giro-/Postcheck-Konto-Nr.

Bankleitzahl

Geldinstitut

Kontoinhaber

Der Lastschrift auf meinem Konto kann ich innerhalb von sechs Wochen nach Ausführung bei meinem Geldinstitut widersprechen und die Rücküberweisung auf mein Konto veranlassen.

Ort/Datum

Unterschrift

Betriebsratswahlen bei Dräger

Erfolg für die Linken

Korrespondenz aus Lübeck

An diesem Betrieb gibt unsere Partei seit zwei Jahren regelmäßig die Betriebszeitung „Durchblick“ heraus, wodurch unsere Zelle am Betrieb immer recht aktuell zu den brennenden Auseinandersetzungen eingegriffen hat. Bis zu diesen Betriebsratswahlen war jedoch der Einfluß der Linken im Betrieb, vor allem im Vertrauensleutkörper und vor allem im Betriebsrat nur schwach entwickelt. Relativ unbehelligt konnte so die Mannschaft um den Betriebsratsvorsitzenden Krüger eine Linie der Anpassung an die massive Rationalisierungswelle durch die Geschäftsleitung durchziehen, wodurch im letzten Jahr 200 Kollegen stillschweigend entlassen und Kurzarbeit für fast alle Bereiche durchgezogen wurde, trotz eines erheblichen Umsatzwachstums des Betriebs.

Gerade aber diese Fragen und weiterhin die Einführung des PAISY-Systems war Anlaß für zwei Kollegen auf der IGM-Liste mit einem eigenen Wahlauftritt und einer Auseinandersetzung mit der bisherigen Betriebsratsarbeit einzugreifen. Dieses Wahlflyerblatt sorgte für einigermaßen Aufregung unter den alten Betriebsräten, fand aber ein sehr positives Echo

Die Betriebsratswahlen im Drägerwerk Lübeck sind gelaufen. In diesem Betrieb, der inzwischen mit 4800 Beschäftigten zu den größten Industriebetrieben in Schleswig-Holstein gehört, hatte es bei getrennter Wahl von Arbeitern und Angestellten Persönlichkeitswahl gegeben, da in beiden Bereichen nur die IG Metall eine Liste eingereicht hatte. Im Angestelltenbereich war dies jedoch eine Liste aus Kandidaten von IG-Metall-Mitgliedern und DAG-Mitgliedern gemeinsam (zu dem Ergebnis weiter unten).

in der Belegschaft. Dabei war dieses Flugblatt bereits von einer Reihe weiterer fortschrittlicher Kollegen unterstützt worden, auch andere Kandidaten hatten sich bereit erklärt, dieses Flugblatt mit zu verteilen. Tatsächlich rückten so schlagartig die anstehenden Probleme in der betrieblichen und gewerk-

Und was als wirklicher Erfolg anzusehen ist: drei weitere Kandidaten erklärten sich bereit, in der Wahlauswahl mitzuziehen. Jetzt einen gemeinsamen Wahlauftritt von fünf Kandidaten der IGM-Liste auf der Grundlage des ersten Flugblattes zu machen.

Die Jugendvertretung be-

wurden gewählt, wobei eine Stimmenzahl zwischen 288 und 215 als guter Erfolg für diese Gruppe von Kollegen anzusehen ist und tatsächlich viele sie auch als Block gewählt haben.

Der Betriebsratsvorsitzende, der übrigens gleichzeitig Senator der Hansestadt Lübeck und Fraktionsvorsitzender der SPD-Bürgerschaftsfraktion ist, wurde zwar im Angestelltenbereich wiedergewählt, gerade im Angestelltenbereich erhielten jedoch die IG-Metall-Kandidaten eine erhebliche Wahlniederlage. Von den 12 Betriebsratsplätzen erhielten sie nur noch vier, während die DAG acht Sitze gewinnen konnte, was fast eine Umkehrung des Wahlergebnisses von 1981 ist. Man muß das schon so zusammenfassen, daß im Gegensatz zum Arbeiterbereich, wo sichtbar eine Stärkung der linken Kräfte stattgefunden hat, im Angestelltenbereich (der einen erheblichen Teil der Dräger-Belegschaft ausmacht) eine Verschiebung nach rechts zu verzeichnen ist. Diese Verschiebung hat sich dabei wesentlich lautloser vollzogen und für die Kollegengruppe, die sich um den oppositionellen Wahlvorschlag gebildet hat, war das ziemlich überraschend. Dabei

hat die DAG gerade in der umfangreichen Rationalisierungswelle, die auch im Angestelltenbereich stattgefunden hat, eine noch sozialpartner-schaftlichere Rolle eingenommen als die IGM-Betriebsräte und offensichtlich ist die Kungelei von Betriebsratsvorsitzenden Krüger mit der DAG, die dann in der gemeinsamen Liste endete, für die DAG noch eine positive Bedingung gewesen, jedenfalls hat sie daraus Kapital schlagen können.

Die Betriebszelle hat sich jedenfalls vorgenommen, im „Durchblick“ sich in Zukunft schärfer mit der DAG und ihrer Rolle auseinanderzusetzen. Zweifellosgibt es auch im Angestelltenbereich eine Reihe fortschrittlicher Kräfte, die zu diesen Betriebsratswahlen noch nicht mobilisiert werden konnten, was aber, durch das Wahlergebnis bestätigt, unbedingt vorangetrieben werden muß.

Doch das positive Fazit dieser Betriebsratswahlen ist nicht allein die Gewinnung von Betriebsratsmitgliedern durch linke

Kollegen, es ist vor allem die Mobilisierung von Kollegen über den Kreis der Kandidaten hinaus. Dies hat auch seinen ersten Niederschlag in dem Eingreifen in die laufende Tarifrunde gefunden. Bis dahin war die Mobilisierung für die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich eher schleppend, ja durch den Betriebsrat gar nicht gelaufen.

Jetzt haben diese Kollegen dafür gesorgt, daß endlich dieses Thema zur bestimmenden Sache der Betriebsversammlung wurde, die kurz nach den Wahlen stattfand und die bis dahin zögerliche Agitation durchbrochen wurde. Auf ihren Druck ist es zurückzuführen, daß endlich breiter die Rationalisierung und andere Maßnahmen im Betrieb selber zur Grundlage der Diskussion um die Notwendigkeit dieser Forderung gemacht wurde.

Mit Recht kann man diese Betriebsratswahlen als einen Durchbruch für eine klassenkämpferische Opposition bei Dräger bezeichnen.

Personalratswahl in Bremer Krankenhäusern

Eine Schlappe für die Reaktionäre

Korrespondenz aus Bremen

Am 22.3. waren nun endlich die Personalratswahlen in den Krankenhäusern Bremens.

Zum Schluß gab es noch richtig heftige Auseinandersetzungen. Denn auch im Gesundheitsbereich schließt sich die Reaktion zusammen.

Im ZKH St. Jürgenstraße kandidierte die ehemalige Personalratsvorsitzende, ÖTV-Mitglied, zusammen mit dem Vorsitzenden der Bundesärztekammer, Vilmar Karsten, auf einer Liste. Die Bundesärztekammer ist die Nachfolgeorganisation der Reichsärztekammer. Diese Leute hetzen wie nichts Gutes gegen die Kollegen der ÖTV.

Im ZKH-Ost initiierte der Klinikchef eine „unabhängige Liste“. Sein Strohmann, ein Verwaltungsbeamter, der nach 30jähriger Mitgliedschaft aus der ÖTV austrat, sammelte dafür auf den Stationen Unterschriften. Aber die ÖTV-Betriebsgruppe schlief nicht. Sofort kam ein Flugblatt, auf dem

zur Persönlichkeitswahl aufgerufen wurde.

Wir hatten schon vorher immer für die Art Wahl plädiert und nur für den „Notfall“ eine Liste in der Schublade. Und lange sah es auch so aus, als sollte es glücken. Nun wollten diese Leute also eine Listenwahl durchsetzen, aber unser Flugblatt trug Früchte. Die „Unabhängigen“ stimmten der Persönlichkeitswahl zu.

Kurz vor der Wahl kamen sie noch mit einem Flugblatt heraus, in dem sie gegen die ÖTV-Kandidaten und den amtierenden Personalrat hetzten. Das wurde zum Rohrkrepiere.

70 Prozent der Kolleginnen und Kollegen beteiligten sich an der Wahl. 12 Kandidaten der ÖTV zogen in den Personalrat ein und eine „Unabhängige“, eine Ärztin, die schon in der letzten Legislaturperiode im Personalrat war. Die erste Nachrückerin ist auch in der ÖTV.

Bezirksverbandstag der IGBSE in Dortmund

Die 35-Stunden-Woche soll bis 1988 auf Eis!

Korrespondenz

„Wir werden offen miteinander reden“, betonte der Vorsitzende der IGBSE, Konrad Carl, auf dem Bezirksverbandstag des öfteren. Und wirklich, an Offenheit ließ er es nicht fehlen:

Der Kampf um die 35-Stunden-Woche ist für den IGBSE-Vorstand bis 1988 kein Thema mehr. Hatte noch der Gewerkschaftstag in einer Entscheidung betont, daß die Gewerkschaft sich nicht den Weg des Kampfes um andere Formen der Arbeitszeitverkürzung verbauen dürfe, auch wenn sie zur Zeit die kürzere Lebensarbeitszeit bevorzuge, der Beirat fühlt sich nicht daran gebunden:

Bei den Verhandlungen um die Änderung des Bundesrahmentarifvertrages sind die Herren nämlich mit den Arbeitgebern einig: „Entweder Frühverrentung oder kürzere Wochenarbeitszeit, eines geht nur; wenn frühere Rente, dann

wird der Vertrag die gleiche Laufzeit haben, wie die entsprechenden Pläne der Bundesregierung, nämlich bis 1988.“

So einfach geht das, Gewerkschaftstag hin, Gewerkschaftstag her. Danke für die Offenheit, Konrad!

Im Bereich der IGBSE gibt es zur Zeit 60000 Kolleginnen und Kollegen im Alter von 58 bis 63 Jahren. Die Einführung der Rente mit 58 würde (alles Zahlen der IGBSE) im ersten Jahr rund 20000 neue Arbeitsplätze bedeuten. Die Einführung der 35-Stunden-Woche dagegen 80000!

Die 200000 Arbeitslosen im Baubereich können sich bei unseren Gewerkschaftsführern bedanken, die es nicht nur versäumen, die Kräfte der BSE für den Kampf um die 35-Stunden-Woche zu mobilisieren, sondern ihn auch noch für vier Jahre auf Eis legen wollen.

RGO-Betriebszeitung bei HDW/Kiel ruft auf:

Kampf dem Salzgitter-Konzept!

RGO wieder in den Betriebsrat!

„Heftiger Wirbel um angeblich geplante HDW-Entlassungen“. So stand es in den „Kieler Nachrichten“. Der HDW-Vorstand behauptet in einem Flugblatt: „Alles erfunden.“ Die CDU sagt: „Es liegen keine Fakten vor.“ Fakt aber ist, daß der Salzgitter-Konzern u.a. bei HDW/Kiel 2100 Entlassungen, die Einstellung des Handelsschiffneubaus und Einschränkungen im Marineschiffbau vorsieht.

Es ist doch ganz klar, daß Unternehmer, die Regierungen in Bonn und Kiel sowie die unternehmerfreundliche Presse versuchen, die Sache herunterzuspielen. Unruhe in der Belegschaft, vielleicht sogar eine Werftbesetzung wie in Hamburg können sie zur Zeit am wenigsten gebrauchen. Es wäre zu schön, wenn die weiteren Schrumpfungsvorhaben bei HDW so klammheimlich und ohne Widerstand wie letztes Jahr über die Bühne gehen würden.

Aber da scheint diesmal nichts draus zu werden. Der Betriebsrat hat zum ersten Mal seit Jahren einstimmig von vornherein Widerstand gegen diese Arbeitsplatzvernichtungspläne angekündigt und sogar ein Flugblatt herausgegeben, das die Kollegen über die Pläne des Salzgitterkonzerns aufklärt. Ein Protestmarsch zur Betriebsversammlung in der Ostseehalle am 2. April und die Forderung nach rückhaltloser Aufklärung durch den Vorstand sind weitere beschlossene Schritte.

Dieser Protest und das einmütige Handeln des Betriebsrates ist durch die konsequente Haltung der RGO-Betriebsräte zustandekommen. Wir haben jedesmal — beim Henke-Plan 1979, beim Unternehmenskonzept 83 und auch diesmal — konsequent gegen die Arbeits-

Mit dieser Überschrift erschien am 21. März die Nummer 4/84 der Zeitung der Betriebsgruppe HDW der RGO. Darin wird der Kampf gegen das neue Salzgitter-Konzept mit der anstehenden Betriebsratswahl und der Haltung der bisherigen Betriebsratsmehrheit zu entsprechenden Maßnahmen der Konzernleitung verbunden.

platzvernichtung und Rationalisierung der Werftunternehmer Stellung bezogen und gefordert, die Belegschaft zu Kampfmaßnahmen gegen die Angriffe des Vorstandes und der hinter ihm stehenden CDU-Regierung zu mobilisieren.

Dafür haben uns die IGM-Betriebsratsführer früher immer als „Träumer, Spinner und Revoluzzer“ verleumdet. Wie sich die IGM-Betriebsratsmehrheit in solchen Fällen zu verhalten pflegte, dafür ein anschauliches Beispiel aus dem letzten Jahr:

Nachdem das Konzept 83 vom Aufsichtsrat beschlossen worden war, hatten die Sozialpartnerschaftsstrategen die Flinte ins Korn geworfen. Von Widerstand war keine Rede mehr. Jetzt war die Stunde der Geheimdiplomatie da. Eine Verhandlungskommission unter Führung von Otto Böhm traf sich mit dem Vorstand und ließ sich einen Interessenausgleich diktieren, der das Papier nicht wert war, auf dem er stand. Die gesamte IGM-Betriebsratsfraktion war schon auf diesen „Interessenausgleich“ eingeschwen worden und das Ding sollte, ohne vorher die Vertrauensleute, geschweige denn die Belegschaft über den Inhalt zu informieren, auf der nächsten Betriebsratssitzung verabschiedet werden. Die RGO hatte Wind davon bekommen, einige Vertrauensleute waren auf Zack und die IG-Metall-Betriebsleitung und Ortsverwaltung funkte dazwischen. Auf einer doch noch stattfindenden Vertrauensleuterversammlung wurde

der „Interessenausgleich“ gegen die Stimmen einiger Betriebsräte abgelehnt. Auf der nächsten Betriebsratssitzung passierte dann — o Wunder — folgendes: Die gesamte IGM-Betriebsratsfraktion stimmte plötzlich zusammen mit den RGO-Betriebsräten gegen diesen „Interessenausgleich“.

Durch Praktiken dieser Art sind wir in unserem Urteil vorsichtig geworden. Die plötzliche Radikalität von Krüger, Frach und Co. kann sehr wohl nur damit zusammenhängen, daß sie kurz vor der Betriebsratswahl ihre Felle wegschwimmen sehen, wenn sie mal wieder — wie schon so oft — den Widerstand gegen die Unternehmenskonzepte einstellen.

Es muß sich erweisen, was der laute Protest der IGM-Betriebsräte gegen das Salzgitter-Konzept, gegen die Schließung des Handelsschiffneubaus und gegen die 2100 Entlassungen wert ist, ob er auch dann noch anhält, wenn der Vorstand erstmal 300 mit Auflösungsvertrag abschiebt, dann nochmal 300 usw., bis 210 draußen sind oder ob es dann wieder in altbewährter Manier heißt: Wir müssen 300 Entlassungen zustimmen, damit wir den Rest halten können.

Wohin so ein Verhalten führt, haben wir bei AG Weser gesehen. Dort haben die Betriebsräte ähnlich argumentiert und gehandelt, so lange, bis die Werft dicht war.

Wir, die RGO-Betriebsräte, brauchen uns nicht wortradikal zu brüsten. Wie seit 1978, so werden wir auch weiterhin jedes

Konzept, jeden Angriff der Unternehmer bekämpfen.

Wie? Indem

- wir die Kollegen sofort und umfassend über alle Vorfälle im Betrieb und die Pläne des Vorstandes informieren.
- wir mit den Kollegen diskutieren, wie sich die Interessen der Belegschaft am besten durchsetzen lassen.
- wir die Bereitschaft der Kollegen zum Widerstand fördern werden und vorangehen, wenn die Kollegen zum Kampf bereit sind.
- wir uns für die Forderungen der Kollegen einsetzen und seien sie auch noch so klein.
- wir uns nicht einschüchtern und zum Stillhalten zwingen lassen.

SO HANDELN WIR ALS KLASSENKÄMPFERISCHE BETRIEBSRÄTE!!!

Und damit das auch so bleibt, und damit der IGM-Betriebsrat nicht wieder in seinen Dornröschenschlaf versinkt, brauchen wir auch weiterhin eine starke Opposition im Betriebsrat — die RGO — als vortreibendes Element gegen alle Machenschaften der Unternehmer, als Kontrolleur der alten Betriebsratsführer, damit es keine Mausechelpolitik geben kann.

Wir werden weiterhin gegen alles stimmen, was den Interessen des Vorstandes und der Anteilseigner nützt.

Wir werden weiterhin für alles stimmen, was den Interessen der gesamten Belegschaft nützt. Wir stehen in Opposition gegen die sozialpartnerschaftliche Gewerkschafts- und Betriebsratspolitik. Wir sind für eine klassenkämpferische Politik!

Dafür arbeiten wir in der Gewerkschaft, dafür kandidieren wir für den Betriebsrat!

Wählt die Kandidaten der RGO!

Wählt Liste 2!

IRON RUANO MIGUEL ANGEL ORTEZ ABRAHAM RIVERA CARLOS SALGADO PEDRO UMANZOR RIGOBERTO CRUZ PEDRO ARAUZ PALACIOS OSCAR TURCO CARDO MORALES AVILES JULIO BUITRAGO GILMAN POMARES PABLO UBEDA JOSE BENITO FLORES COBAR CARLOS ROBERTO HUEMBES CARLOS AGUERO EDGAR MUNGUIA FRANCISCO MEZA CORDERO DIAZ OCHOA ADRIAN ROJAS N. SANDO GORDILLO MANOLO MORALES PERALT/EDUARDO CONTRERAS JUAN DE DIOS MINOSELIM SHIBLE ENRIQUE LORENTE LUISA ARTE ISRAEL LEWITES JUAN CARLOS HELANGRAND CLAUDIA CHAMORRO RENE TELLO C. MAURICIO HERNANDEZ MOISES RIVERA ARVIZU WALTER PENTZKE LEONEL CRUZ EDGAR SHON CARLOS MANUEL JARQUIN CRISTHIAN I MARINA SILVA B. IGOR UBEDA EDWIN CASTRO DOMINGO BENAVIDES FAUSTO HERIBERTO FRANCISCO MORENO OSCAR DANILO SANCHEZ FERMIN DIAZ FELIPE GAITANINOCO RENE HERRERA MANUEL OLIVERO ROLANDO LOPEZ VALENTIN BARRIOS SEDILES CARLOS ARROLLO MARTA ANDRIGUEZ MANUEL SANCHEZ MAXIMILON JUAN JOSE PEREZ NORMAN LOPEZ JOSE BENITO CENTENO MAURICIO PEREZ P. SILVIA FERRUFINO EDDY RODRIGUEZ GUILLERMO ROMERO BERTHA CALDERON JONATHAN GONZALEZ JULIAN RODRIGUEZ FRANCISCO BUITRAGO FAUSTO BODESTO DUARTE IVAN MONTENEGRO CABRILLO BLANDON ALESIO BLANDON FABIAN LOPEZ BLAS REAL ESPINAL DAVID MARCELO AUNZA ROGER NUNEZ HUGO AREVALO J. CANALES B. IVAN NOEL CASTRO RIVERA CARDENAS B. ABELARDO J. CHAVEZ RENE DIAZ CASTRO CARLOS A. DEL ROSARIO O. HUMBERTO CERDAS L. FELICIAN LEONEL GUERRERO ALFONSO REYES PEREZ V. REINERIO F. SALAZAR G. MARIAN M. DOUGLAS H. MEJIA O. EDUARDO NOZA A MIGUEL VASQUEZ D. NARCISO MANUEL SANCHEZ G. TOMAS TIJERIN MONTENEGRO R. JUAN M. NAMENDY A. RIVERA J. JOSE C. MAYORCA A. MARCOS

RICARDO MORALES AVILES JULIO BUITRAGO GILMAN POMARES PABLO UBEDA JOSE BENITO FLORES COBAR CARLOS ROBERTO HUEMBES CARLOS AGUERO EDGAR MUNGUIA FRANCISCO MEZA CORDERO DIAZ OCHOA ADRIAN ROJAS N. SANDO GORDILLO MANOLO MORALES PERALT/EDUARDO CONTRERAS JUAN DE DIOS MINOSELIM SHIBLE ENRIQUE LORENTE LUISA ARTE ISRAEL LEWITES JUAN CARLOS HELANGRAND CLAUDIA CHAMORRO RENE TELLO C. MAURICIO HERNANDEZ MOISES RIVERA ARVIZU WALTER PENTZKE LEONEL CRUZ EDGAR SHON CARLOS MANUEL JARQUIN CRISTHIAN I MARINA SILVA B. IGOR UBEDA EDWIN CASTRO DOMINGO BENAVIDES FAUSTO HERIBERTO FRANCISCO MORENO OSCAR DANILO SANCHEZ FERMIN DIAZ FELIPE GAITANINOCO RENE HERRERA MANUEL OLIVERO ROLANDO LOPEZ VALENTIN BARRIOS SEDILES CARLOS ARROLLO MARTA ANDRIGUEZ MANUEL SANCHEZ MAXIMILON JUAN JOSE PEREZ NORMAN LOPEZ JOSE BENITO CENTENO MAURICIO PEREZ P. SILVIA FERRUFINO EDDY RODRIGUEZ GUILLERMO ROMERO BERTHA CALDERON JONATHAN GONZALEZ JULIAN RODRIGUEZ FRANCISCO BUITRAGO FAUSTO BODESTO DUARTE IVAN MONTENEGRO CABRILLO BLANDON ALESIO BLANDON FABIAN LOPEZ BLAS REAL ESPINAL DAVID MARCELO AUNZA ROGER NUNEZ HUGO AREVALO J. CANALES B. IVAN NOEL CASTRO RIVERA CARDENAS B. ABELARDO J. CHAVEZ RENE DIAZ CASTRO CARLOS A. DEL ROSARIO O. HUMBERTO CERDAS L. FELICIAN LEONEL GUERRERO ALFONSO REYES PEREZ V. REINERIO F. SALAZAR G. MARIAN M. DOUGLAS H. MEJIA O. EDUARDO NOZA A MIGUEL VASQUEZ D. NARCISO MANUEL SANCHEZ G. TOMAS TIJERIN MONTENEGRO R. JUAN M. NAMENDY A. RIVERA J. JOSE C. MAYORCA A. MARCOS

TOR R. GARCIA S. JAVIER ARGENAL
 ALMANZA U. REYNALDO AMADOR G
 RE R. MAURICIO J. BRIONES S. JACI
 FRANCISCO, SEBASTIAN Y LEONEL BL
 IE BERROTERAN G. FELIX R. CENTEN
 CASTILLO R. JUBENCIO CASTILLO T
 CASTILLO MARVIN CHAMORRO V. FRO
 ADRIAN ROJAS N. ARMANDO MARTI
 PARAJON CH. JOSE MA. MARTINEZ M.
 UAN M. BUSTOS L. ROLANDO A. ESPI
 DIAZ M. JOSE V. HERNANDEZ C. M/
 JUSTO C. CASTILLO M. CESAR A. N
 A S. SILVIO ESPINOZA N. CARLOS E
 BAYARDO CUAREZMA T. LEONEL C
 ASCANTE JORGE CASTILLO A. ARMAN
 DIO F. OCHOA M. JOSE D. AMADOR R
 ARMANDO J. GUTIERREZ D. MILTON I
 FRANCISCO ARRIAGA CH. ROBERTO
 IYA D. FRANCISCO MORAN M. WILMER
 JUAN J. MARTINEZ H. JOSE R. Y JU
 BAUNZA ROBERTO VARGAS BATRES I
 INDIANA FERNANDEZ MARIA M. AVEN
 PICADO FONSECA DOUGLAS MEJIA B/
 RA MANRIQUE ARTEAGA NUNEZ Y
 MARVIN GAITAN YAMIL CA
 ADRIAN REYES HERNAN CRI
 TOMAS OCAMPO CHAVARRIA
 EDDY BERRIOS ALEJANDRO DAVILA BOLANOS JORGE SINFOROSO BRAVO GASPAR GARCIA LAVIANA
 GEORGINO ANDRADE R. YAZMINA RUIZ D. JULIO CANALES EDDY QUIROZ LUIS EMILIO VASQUEZ



H. MANUEL A. AGUILAR H. RUBEN
 JIMY J. ALVARADO L. ANGEL AGUI
 NTO BACA J. MAURICIO BALTODAN
 ANCO E. GERARDO M. BLANCO B. RI
 O R. ISIDRO A. CENTENO R. GABRIE
 CARLOS A. CALDERON A. PABLO A. C
 YLAN M. CALERO M. WILFREDO CANO
 M. EDDY MONTERREY B. MANUEL S
 ESTRADA H. HERNALDO PASQUIER
 ACINTO Y DOUGLAS BLANCO G. ADIL
 HERNANDEZ N. EDY Y SILVIO MARIN
 PETE C. ISAIS R. Y LAURA C. ESPINO
 ROLANDO CORTEZ T. JOSE M. CORDEI
 ARTHA L. Y JAVIER COREA S. JOSE D
 ALLERO L. LEONIDAS CASTILLO C. CLAI
 MADRIGAL F. JOSE A. VELAZQUEZ C
 R. OMAR GONZALEZ O. MARIO LARIO
 Z G. ENRIQUE H. JUAREZ G. ULISES ZE
 FRANCISCO GUEVARA V. TEOFILO ALEMAN
 ONSECA L. CESAR I. ESTRADA H. ERNESTO
 RODRIGUEZ MARADIAGA ARACELLY PEREZ
 ANGELITA MORALES AVILES FELIX PEDRO
 SALINAS PORFIRIO Y JOSE LUIS BARR
 BERRIOS FRANK TORUNO CARLOS AMA
 ER MENDOZA MERCEDES REYES GABRIEL
 ARDENAL FIDEL CALDERA FELIX VALDI
 NO ROBERTO ABET LOPEZ ADOLFO SALA
 EDDY QUIROZ LUIS EMILIO VASQUEZ

Y LOS MILES DE HEROES Y MARTIRES CAIDOS POR LA LIBERACION NACIONAL, LA DEFENSA Y
 CONSOLIDACION DE LA REVOLUCION POPULAR SANDINISTA

1927 FSLN 1981

Was macht die Rote Hilfe mit den Beiträgen und Spenden?

Beispiele aus 1983

Was geschieht mit meinem Beitrag, wenn ich bei der Roten Hilfe Deutschlands Mitglied werde und so eine Lastschrift-Einzugsermächtigung ausfülle? Diese Frage wollen wir euch heute am Beispiel von 1983 beantworten.

Die Gesamtsumme, die der Bundesvorstand aus dem Solidaritätsfonds an politisch Verfolgte auszahlte, belief sich im vergangenen Jahr auf über 32.000 Mark. Das sind rund 1.000 Mark mehr als die RHD in dem Jahr überhaupt eingenommen hat. Schon daran kann man sehen, daß für einen großartigen Verwaltungsapparat bei uns kein Geld übrig ist. Das einzige, was wir uns noch etwas kosten lassen, ist unser vierteljährliches Mitteilungsblatt, das unsere Mitglieder über die Arbeit des Vorstands, der aktiven Rote-Hilfe-Gruppen und über die Verwendung der Gelder informiert.

Nun aber zu den einzelnen Hilfsmaßnahmen, aus denen sich die 32.000 Mark 1983 zusammensetzten.

Da sind zunächst einmal zwei zu nennen, deren Zahlungsverpflichtungen an die Gerichtskassen auf Ereignisse aus dem Jahre 1974 (!) zurückgehen. Damals starb an den Folgen eines Polizeieinsatzes in Duisburg der Arbeiter Günter Routhier. Die Empörung über seinen Tod wurde damals in Hunderten von Flugblättern, Kundgebungen usw. ausgedrückt. Aber alle Flugblattverantwortlichen, Verteiler, Kundgebungsteilnehmer, deren die Polizei habhaft werden konnte, die wurden in der Folge mit einer wahren Prozeßlawine überzogen. Die beiden, die bis heute noch an den Folgen zu tragen haben, sind der Duisburger Krankenpfleger Andreas Müller-Wille und der Autoschlosser Harald B. aus Münster.

Harald B., der insgesamt an die 10.000 Mark zu zahlen hatte, schrieb uns in seinem letzten Antrag: „Ich muß euch sagen, daß ich wirklich froh bin, wenn ich endlich die Sachen bezahlt

habe, auch wenn ich mir lange vorgenommen hatte, die Ratenzahlungen bis zur Revolution hinzuziehen. Leider wird das ja noch ein paar Tage dauern...“ Im April 1984 ist es nun soweit, die letzte Rate wird fällig. Dann ist die Sache erledigt und er und die RHD haben eine Sorge weniger. Für Andreas Müller-Wille aber darf noch weiter gespendet werden. Hier stehen von der Gesamtbelastung von 25.000 Mark noch mehrere Tausend Mark offen.

Den größten Teil der Ausgaben 1983 machte die Unterstützung der Vielen aus, die 1980 im Wahlkampf so „unvorsichtig“ gewesen waren, F.J. Strauß zu beleidigen. Ein Beispiel möge für viele Betroffene stehen:

Für die Geschwister Barbara und Karl-Heinz H. aus Nürnberg summierten sich die Forderungen aufgrund ihrer Verurteilung im Strauß-Prozeß zu schwindelerregenden Höhen, obwohl — und das ist typisch — die eigentlichen Strafen so schlimm gar nicht zu sein schienen. Das war die Rechnung:

Geldstrafen	1200 DM
Gerichtskosten	482 DM
Rechtsanwalt	3975 DM
Gegnerischer Anwalt	2739 DM
	8396 DM

Wir übertreiben wohl nicht, wenn wir sagen, daß für diese beiden die Rote Hilfe der Rettungsanker war, zumal der gegnerische Anwalt ihnen auch noch gleich den Gerichtsvollzieher ins Haus schickte. Zu diesem Herrn muß überhaupt noch mal was gesagt werden. Es handelt sich um den Anwalt des Herrn Strauß, einen gewissen Günter Ossmann. Dieser hat an den Beleidigungsklagen seines Auftraggebers nicht schlecht verdient und die armen Opfer mußten zahlen, wobei ihm die Gerichte regelmäßig die Höchstgebühren zubilligten. Höchstgebühren einestheils wegen des „überdurchschnittlichen Umfangs“ seiner anwaltlichen Tätigkeit in diesen Verfahren, weiter wegen der Stellung des Herrn Strauß im öffentlichen Leben und drittens wegen dessen über-

durchschnittlicher Einkommens- und Vermögensverhältnisse. Die recht durchschnittlichen Einkommensverhältnisse der Verurteilten dagegen interessierten die Gerichte bei der Kostenfestsetzung absolut nicht.

Und wer ist im letzten Jahr sonst noch von der Roten Hilfe unterstützt worden? Nun, da waren noch...

...einige Angehörige des Solidaritätskomitees für in der DDR inhaftierte kommunistische Oppositionelle, die wegen Besetzung des Bonner ADN-Büros bestraft wurden.

...ein Bremer, dem es nicht gelungen war, nachzuweisen, daß er nicht „Ami go home“ auf Bremer Mauern gesprüht hätte;

...ein Redakteur einer in Recklinghausen erscheinenden alternativen Zeitschrift, dem von ein paar Mächtigen Strafe angedroht wurde, weil die Zeitschrift über sie wenig Schmeichehaftes geschrieben hatte;

...ein Wehrdienstverweigerer, der vom „Gewissens-TÜV“ nicht anerkannt worden war, der aber trotzdem keinen Dienst tun wollte und deswegen ins Gefängnis mußte;

...und viele andere mehr.

Übrigens: Die Finanzführung des Bundesvorstands der RHD wird jedes Jahr von einer gewählten Revisionskommission überprüft. Anschließend wird der Finanzbericht dann in der Mitgliederzeitung veröffentlicht.

Damit wir auch in Zukunft helfen können —

Werde Mitglied der RHD!

An die
Rote Hilfe Deutschlands e.V.
Postfach 210309
2800 Bremen 21

Hiermit erkläre (e) ich (wir) meinen (unseren) Beitritt zur Roten Hilfe Deutschlands e.V. Ich ermächtige den Bundesvorstand der Roten Hilfe Deutschlands jederzeit widerruflich, die von mir (und meinen Angehörigen) zu entrichtenden Beitragszahlungen in Höhe von

- monatlich DM.....
- vierteljährlich DM.....
- halbjährlich DM..... (Zutreffendes bitte ankreuzen)
- jährlich DM.....

jeweils zu Beginn des Fälligkeitszeitraums zu Lasten meines (unseres) hierunter angegebenen Kontos durch Lastschrift einzuziehen.

Für wiedereintretende ehemalige Mitglieder:

- Ich bin ferner mit der einmaligen Einziehung von DM..... zum Ausgleich rückständiger Beiträge einverstanden.

Name und Anschrift des Mitglieds/der Mitglieder:

Bankleitzahl:

Konto-Nr.:

Name und Ort des kontoführenden Geldinstituts:

Innerhalb von 6 Wochen kann ich bereits vollzogene Lastschriften wieder rückgängig machen. Wenn das angegebene Konto die erforderliche Deckung nicht aufweist, besteht seitens des kontoführenden Geldinstituts keine Verpflichtung zur Einlösung.

(Ort, Datum)

(Unterschrift/en)

Nicht nur zum Frauentag

Unternehmer-Argumente gegen die 35-Stunden-Woche auf dem Prüfstand:

Frauen für die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich

Flexible Arbeitszeit ist das neue Schlagwort der Unternehmer. Ausweitung der Teilzeit-Arbeit, Job-Sharing, kapazitätsorientierte variable Arbeitszeit (Kapovaz), also Arbeitszeitverkürzung ohne Lohnausgleich — für den Unternehmer profitabel, für uns Frauen oft die Notlösung um Kinder Haushalt und Arbeit vereinbaren zu können. Auch wenn wir als Frauen oft auf Teilzeitarbeit angewiesen sind: Die Rechnung der Unternehmer darf nicht aufgehen!

Wir unterstützen den Kampf um die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich, weil Arbeitszeitverkürzung für Mann und Frau unseren Familien nützt, mehr Chancen für qualifizierte Arbeitsplätze für uns Frauen bedeutet.

- In unseren Berufen werden die Arbeitsabläufe immer monotoner. Wir arbeiten an: Textautomaten, Bildschirmgeräten, Computern, Fließbändern, in Nähmaschinen, als Verkäuferinnen und Frisören
- Wir tragen als Frauen die Hauptlast von Kind und Haushalt

zessoren in den Bereichen Elektronik, Handel, Versicherungen, Banken setzt eine ungleiche Rationalisierungswelle ein, die Millionen Arbeitsplätze — zum großen Teil Frauenarbeitsplätze — vernichten wird

• Wir stellen schon jetzt die Hälfte der Arbeitslosen, obwohl nur ein Drittel der Wertschöpfung in der BRD Frauen sind

• Wir sind keine „Doppelverdiener“ — wir erarbeiten einen Teil des Geldes, das unsere Familien zum Leben brauchen

35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich, das heißt für uns:

- mehr Arbeitsplätze und damit weniger Arbeitslose
- mehr Freizeit für uns und unsere Familien
- mehr Gelegenheit auch als Frau am gesellschaftlichen Leben (Gewerkschaft) nehmen

war das KPD-Flugblatt „Frauen für die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich“ gedacht. Seitdem sind aber kaum noch Bestellungen eingegangen, für alle anderen Flugblätter aber zahlreiche. Deshalb gehen wir davon aus, daß es sich hier um ein Mißverständnis handeln wird. Also: Nach wie vor zu bestellen beim Verlag RM, zum Preis von 5 Pfennig je Stück!



Deine Spende für den Roten Morgen!

Ist gefragt. Roter-Morgen-Spende: Das ist eines von den drei „Stichworten“, unter denen Genossen, Freunde und Kollegen aufgerufen sind, für die Arbeit der KPD zu spenden. Wir meinen: Unsere Arbeit kann sich sehen lassen. Als Beispiele aus dem letzten Jahr: Serie über den „CDU-Staat“ vor der Bundestagswahl im März, ausführliche und konkrete Berichterstattung über die Entwicklung in Lateinamerika, (Hungerrebellion in Sao Paulo, Entwicklung auf Grenada — und zwar vor der US-Aggression), die einzige konkrete und kritische Auseinandersetzung mit dem DGB-Beschäftigungsprogramm, Exklusivberichte über Betriebsbesetzungen und manches andere mehr, was nicht in anderen Zeitungen zu finden ist (neben Berichten über den Sozialismus in Albanien und über 200 Korrespondenzen). Und wir haben in diesem Jahr noch viel vor — dazu brauchen wir eure Mitarbeit, eure Kritik, aber auch, und das dringend: euer Geld! Deine Spende für den Roten Morgen hilft deiner Zeitung, hilft unserer Partei! Nur mit noch mehr Spenden können wir unsere Arbeit weiter verbessern! Darum: Spende — jetzt!

Auf Konto: Verlag Roter Morgen, 4600 Dortmund 30, Wellinghofer Str. 103, Stadtparkasse Dortmund, Kto.-Nr. 321000290; (Bankleitzahl 44050199) Postscheckkonto Dortmund 79600-461

Die Hobelbühne

politische Musik- und Theatergruppe

stellt Euch das neueste Theaterstück vor:

„KRACH IM KARNEVALS-VEREIN CONCORDIA“

— ein allg. gesellschaftskritisches Stück —

...mit sehr konkretem Bezug, denn es geht in Wirklichkeit um die 35-Stunden-Woche: Ein paar jugendliche wollen in ihrem Karnevalsverein gerade zu diesem Thema einen Wagen für den Karnevalszug gestalten, was allerdings überhaupt keine Sympathie bei einigen Karnevalisten und Narren findet, besonders aber dem Vereinsvorsitzenden, (Sponsor des Vereins und ausserdem Unternehmer) die Karnevalsstimmung gründlich verderbt...

Im Stück eingebaut sind eine Reihe neuer eigener Lieder. Verschiedene Elemente wie Sketch, Bildtheater, Pantomime machen das Ganze ziemlich interessant (finden wir)

DAUER: 1 1/2 Stunden

GEEIGNET FÜR: alle Initiativen, Gewerkschaftsgruppen, Vereine, Parteien, die fortschrittliche Politik machen (und trotzdem oder gerade deshalb gerne lachen)

TERMINE/KOSTEN: ab 30,30 / nach Vereinbarung (Selbstverständlich sind wir bereit, die Finanzkraft der jeweiligen Gruppe zu berücksichtigen)

KONTAKT: Wendet Euch schriftlich oder telefonisch an: Tobias Weissert, Gerlachstr. 14, 6000 Frankfurt

UND: Wir laden Euch herzlich ein zur

PREMIERE

in Ffm // Sonntag, 1. April
20⁰⁰ Uhr
Volksbildungsheim
Kleiner Saal

Abonniert die Wochenzeitung der KPD

- Hiermit bestelle ich: Abonnement(s) ... ab Nr.
- Die Zahlung erfolgt:
- ☐ jährlich 60 DM
 - ☐ halbjährlich 30 DM
- Ich lege Post-/Bankscheck bei über DM
- Ich habe den Betrag von DM an den Verlag überwiesen
- Ich bitte um Vorausrechnung

Name Vorname

Straße

PLZ/Ort

Die Abonnementgebühren sind im Voraus zu zahlen. Das Abonnement verlängert sich, wenn es nicht einen Monat vor Ablauf gekündigt wird.

Bankverbindungen: Stadtparkasse Dortmund, Kto.-Nr. 321000290 (Bankleitzahl 44050199) Postscheckkonto Dortmund 79600-461

Arbeiterpolitik

in Betrieb und Gewerkschaft

- unterstützt
- dokumentiert
- analysiert
- und kritisiert

ZEITUNG DER KPD

RM Verlag, Postfach 300526, 46 Dortmund 30



„Arbeiterfrauen



machen mobil“

Am 16., 17., 18. März 84 fand in Oberhausen ein Seminar unter dem Thema „Arbeiterfrauen machen mobil“ statt. Veranstalter war „Arbeit und Leben“ in Oberhausen. Eingeladen waren Frauen, die in den letzten Jahren gegen Betriebsstillegungen und Massenentlassungen gekämpft haben.

Den Anfang machten 1975 die Frauen aus Erwitte, dann kämpften die Hoesch-Frauen, MBB Focker aus Speyer, Frauen von Thyssen, VFW Lemwerder/Bremen, BI „Arbeit um zu leben“, AG Weser Bremen, Peine-Salzgitter, HDW- und MAN-Frauen, Mönninghoff aus Hattingen. Insgesamt waren es 70 Frauen, die mich beeindruckten durch ihren Mut und ihr Selbstbewusstsein, sich zu wehren und diese Gesellschaft zu verändern.

Es gab verschiedene Arbeitsgruppen: Warum hat unser Kampf angefangen? — Welche Aktionsformen haben wir während der Kämpfe gehabt, welche haben sich bewährt, was war nicht gut, womit haben wir wirklich etwas erreichen können? — Arbeiten, kämpfen, singen, alles muß man selber ma-

chen. Was ist während unseres Kampfes an Liedern, Theaterstücken, Broschüren, Gedichten usw. entstanden, was haben diese Sachen im Kampf bedeutet? — Kinder, Küche, Kirche, das vierte „K“ heißt Kampf. — Presse- und Öffentlichkeitsarbeit.

In den Arbeitsgruppen wurden Erfahrungen ausgetauscht. Alle Frauengruppen hatten einmal für die Arbeitsplätze der Männer gekämpft. Alle haben wir uns dahin entwickelt, jetzt auch für unsere eigenen Rechte einzutreten. Es ist wichtig für uns Frauen, auch einen eigenen Arbeitsplatz zu haben. Wir haben jetzt weitergehende Forderungen: Wir wollen keine Rüstungsarbeitsplätze, sondern sinnvolle Produktion. Wir, berufstätige gemeinsam mit den

Hausfrauen, wollen die 35-Stunden-Woche als Einstieg in die Arbeitszeitverkürzung, damit wir auch die Möglichkeit haben, einen Beruf auszuüben. Wir wollen mehr Ausbildungsplätze für Mädchen. Mehr Zeit für uns und für die Liebe, die zu kurz kommt in dieser unmenschlichen Gesellschaft. Wir wollen die 35-Stunden-Woche, weil wir nicht in Teilzeit- und Heimarbeit die schlechtbezahlteste Arbeit verrichten wollen.

Geredet haben wir u. a. auch über verschiedene Aktionen, Sketche, Lieder, Filme, wie gewinnt man Frauen für den Kampf. Weiter sprachen wir über die Konflikte in der Familie, daß Männer oft nicht bereit sind, die Unruhe als etwas Positives zu sehen und ihre Frauen zurückzupfeifen. In dieser Auseinandersetzung sind viele Frauen aktiv geworden, haben viel gelernt und trauen sich jetzt viel zu.

Wir waren sicher, daß bei zu-

3. Frauenforum im Revier

„Für viele eine Art Aha-Erlebnis“

Bereits zum dritten Mal fand jetzt in Dortmund das „Frauenforum im Revier“ statt. Diesmal unter dem Motto „Frauen leben, Frauen arbeiten 1984 — Welche Wende wollen wir?“ Rund 3500 Frauen besuchten in diesem Jahr die zahlreichen Veranstaltungen des Frauenforums vom 21.—24.3. Der Rote Morgen sprach mit einer Dortmunderin, die an allen drei Tagen dort war.

Was ist das Frauenforum eigentlich genau?

Im Projekt Frauenstudien Dortmund wurde das Frauenforum in eineinhalbjähriger Arbeit vorbereitet. Finanziell wird das Frauenforum von der Landesregierung NRW unterstützt. Vorbereitet haben das Frauenforum in diesem Jahr mit verschiedenen Frauengruppen, Frauen aus den Gewerkschaften usw.“

Was wurde dann an Veranstaltungen angeboten?

„Der Donnerstag stand unter dem Thema „Lebens- und Arbeitssituation von Frauen heute“. U. a. „Arbeitsplätze im Ruhrgebiet — für Frauen Mangelware“, „Mutter und Hausfrau sein — was danach?“, „Frauen-erwerbstätigkeit — eine Herausforderung der 80er Jahre“, „Was wollen wir? Wie wir weitermachen“ — eine Arbeitsgruppe, die von den Dortmunder Bergarbeiterfrauen angeboten wurde. Der Freitag stand unter dem Thema „Staatliche Krisenpolitik“. U. a. „Frauengleichstellungsstelle“, „Frauen in Parteien und Verbänden“, „Gruppenstreitgespräch Hausfrauen und 35-Stunden-Woche (ihrer Männer)“, „Die Handhabung des § 218 im Auf und Ab der Konjunktur“. Der Samstag stand unter dem Thema „Zukunft der Frauenarbeit — welche Wende

wollen wir? U. a. „Situation der Frauen in Dortmund“, „Im Namen der Mutterliebe“, „Für eine weibliche Ökonomie — der dritte Weg zu Geld und Arbeit“.

Gab es nur solche Diskussionsgruppen oder wurde noch anderes angeboten?

„Ja sicher, es gab außerdem ein vielfältiges Rahmenprogramm. U. a. eine Stadtrundfahrt durch Dortmund unter dem Aspekt Frauen im Mittelalter und heute. Es gab Lesungen von Frauenliteratur, offenes Singen, Tanz, Bilder in einer Frauengalerie usw. Außerdem war ein Café eingerichtet worden und selbstverständlich gab es auch eine Bereuung für Kinder — sie wurden von Männern betreut.“

Von wem wurde das Frauenforum hauptsächlich besucht? Welche Veranstaltungen kamen besonders an?

„Sehr viele Hausfrauen waren da, vor allem solche, deren Kinder heute groß sind und die wieder eine Aufgabe für sich suchen. Ich würde sagen, daß das Durchschnittsalter der Frauen so ungefähr bei Mitte 30 war. Obwohl das Forum in der Uni stattfand, waren nach meinem Überblick keineswegs hauptsächlich Studentinnen da, sie waren eher in der Minderheit. Ich glaube, am besten kamen die

Veranstaltungen an, die sich irgendwie gegen die herrschende Familienpolitik richteten, interessant war, daß auch die Veranstaltungen, die direkte politische Themen hatten, großes Interesse fanden.“

Worin siehst Du denn die besondere Bedeutung des Frauenforums?

„Die besondere Bedeutung liegt darin, daß Frauen aus allen Schichten sich dort treffen, um ihre Situation gemeinsam aufzuarbeiten, nämlich die Unterdrückung der Frau und viele dort auch eine Art Aha-Erlebnis haben. Daß es ein großes Bedürfnis für solche Frauenforen gibt, zeigt sich für mich auch darin, daß jedes Mal sehr viele Frauen aus der Umgebung von Dortmund kommen — aus kleinen Städten und Dörfern im Sauerland und im Münsterland vor allem, die hier Gleichgesinnte und neue Impulse für ihre weitere Arbeit finden.“

Gleich am Anfang des Frauenforums hat sich ja wohl der Schirmherr des Frauenforums leicht danebenbenommen?

„Das kann man wohl sagen. Zunächst mal muß man wissen, daß Farthmann der Frauenbeauftragte der Landesregierung NRW ist und als solche(r) zum Auftakt sprechen sollte. In seiner Rede mokierte sich Minister Farthmann zunächst über ein Happening, das vorher stattgefunden hatte, fand dann, daß die im Raum anwesenden Kinder sich doch draußen an der Sonne sicher wohler fühlen würden und nervte die Frauen dann mit seinen „erdbezogenen Fak-



nehmenden Arbeitskämpfen noch viele Frauen dem Beispiel der bestehenden Frauengruppen folgen werden und sich zur Wehr setzen werden. Deshalb verlief das Seminar auch in einer guten Stimmung, besonders am Abend, als jede der Frauengruppen Lieder aus ihren Kämpfen vortrug.

74 Abgeordnete der CDU/CSU wollen die „Abtreibung auf Krankenschein“ abschaffen

74 Abgeordnete der CDU/CSU haben kürzlich einen Gesetzentwurf vorgelegt, der die Abtreibung auf Krankenschein in Fällen der sozialen Indikation abschaffen soll. Eine Finanzierung der Abtreibung durch die Krankenkassen soll dann nur noch bei medizinisch, ethisch und eugenisch begründeten Abtreibungen möglich sein.

Die Abgeordneten begründen ihren Gesetzentwurf 1. damit, daß der Staat die Aufgabe habe, „sich schützend und fördernd auch vor das ungeborene Leben zu stellen“, 2. damit, daß es den Mitgliedern der Krankenkassen nicht zuzumuten sei, „ethisch bedenkliche“ Schwangerschaftsabbrüche mit zu bezahlen und 3. damit, daß sich auf diese Weise ca. 250 Millionen Mark einsparen ließen.

Der Gesetzentwurf folgt so im wesentlichen den Argumenten, die auch Ursula Zöller, Mitarbeiterin der katholischen „Bildpost“ bei ihrer Klage vor dem Dortmunder Sozialgericht angeführt hatte. Das Dortmunder Sozialgericht hatte sich damals — das war 1981 — den Argumenten der Frau Zöller angeschlossen und sich deshalb an das Bundesverfassungsgericht gewandt, um dort eine Entscheidung in dem Sinn zu erwirken, daß die 1976 beschlossene Reform des § 218 verfassungswidrig sei. Das Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe hat aber bis heute in dieser Sache noch keine Entscheidung getroffen.

Der Gesetzentwurf der Abgeordneten der CDU/CSU, der nach dem Willen der Verfasser am 1. Juli 1984 in Kraft treten soll, soll hier offensichtlich Druck machen.

In einem Punkt geht der Gesetzentwurf allerdings über das, was auch Frau Zöller und das Dortmunder Sozialgericht wollen, noch hinaus. Die Abgeordneten der CDU/CSU wollen den Frauen, die aus sozialen Notlagen heraus abtreiben, nämlich nicht nur die Finanze-

runge durch die Krankenkassen nehmen, sondern auch die Lohnfortzahlung. Eine Sache, durch die die Unternehmer, wie ausdrücklich betont wird, 40 bis 60 Millionen Mark jährlich sparen könnten.

Es sind vor allem diese finanziellen Überlegungen, die zeigen, wie verlogen das ganze Gerede von Ethik usw. ist. Tatsache ist, daß diese CDU/CSU-Abgeordneten davon ausgehen, daß es keine einzige Abtreibung weniger geben wird, wenn ihr

„Eine Entscheidung für oder gegen die Familie ist eine Entscheidung für oder gegen die Nation“
„Wo der Mensch nicht mehr in Not ist, gibt er die Verbindung zur Familie auf.“

Frau Heidi Adele Albrecht, Ende Februar '84 in der Hermann-Ehlers-Akademie

Gesetzentwurf verabschiedet wird. Würden sie nämlich davon ausgehen, daß die Zahl der ausgetragenen Schwangerschaften steigen würde, müßten die Krankenkassen ja schließlich die Geburten finanzieren, die Lohnfortzahlung bliebe in Kraft und der Staat müßte u. U. den Mutterschaftsurlaub bezahlen.

Es geht also nicht um „höhere Werte“. Es geht darum, wieder einmal auf Kosten der Frauen zu sparen. Es geht darum, den Frauen das kleine bißchen Freiheit, das sie sich durch die Reform des § 218 erkämpft haben, wieder zu nehmen.



ten“, nämlich Zahlen allgemeinsten Art über die Lage der Frauen. Als eine Frau nach zehn Minuten protestierte: „Das kennen wir alles schon“, drohte der Minister zum ersten Mal, er könne ja auch gehen. Er ließ sich aber doch noch überreden, zu einer Diskussion zu bleiben. In der Diskussion wurde er dann von einer anwesenden ASF-Frau gefragt, wieso die SPD eigentlich keine Frau habe, die Frauenbeauftragte sein könne, was Herrn Farthmann noch mehr auf die Palme brachte. Und als dann die erste Rednerin des Abends ihren Vortrag mit den Worten begann: „Ich beginne nicht mit der Weitschweifig-

keit eines Ministers“, platzte Farthmann endgültig der Krone. Er erklärte, das brauche er sich nicht länger anzuhören und verließ mitsamt seinem weiblichen Troß den Raum. Gegenüber Journalisten äußerte er sich dann so, daß es ja nun wohl zweifelhaft sei, ob das Frauenforum weiter Geld bekommen werde. In übelster CDU-Manier verglich er sogar die Frauen mit den Nazis: Wörtlich: „demonstratorische Pogromstimmung wie bei der SA.“

Zum Schluß ein kurzes Gesamturteil?

„Das Frauenforum war auf jeden Fall ein Erfolg. Es hat gezeigt, daß die Frauen sich kei-

neswegs alles gefallen lassen, bereit sind, altgewohnte Verhaltensweisen und Einstellungen zu überwinden, um ihr Leben in die eigene Hand zu nehmen und insgesamt etwas zu verändern. Vermißt habe ich übrigens Frauen aus der KPD. Da müßte es doch mehr geben als die paar, die ich dort getroffen habe.“

P. S.: Am 26.3. wurde übrigens in den Nachrichten bekanntgegeben, daß Ministerpräsident Rau im Falle eines Sieges der SPD bei der Landtagswahl 1985 ein Sekretariat für Frauenfragen einrichten will, das von einer Frau geleitet wird und direkt dem Kabinett unterstellt ist...

In einer kühleren und deshalb hungrieren Welt (...) könnte die nahezu monopolartige Stellung der USA als Nahrungsexporteur den Vereinigten Staaten eine Macht verleihen, die sie nie zuvor hatten — eine wirtschaftliche und politische Vorherrschaft, die über jene der unmittelbaren Nachkriegszeit hinausgehen wird. (...) Washington würde praktisch die Gewalt über Leben und Tod der Menschen in bedürftigen Ländern erhalten.

CIA, Office of Political Research: Mögliche Auswirkungen von Trends der Weltbevölkerung, der Nahrungsmittelproduktion und des Klimas, August 1974.

Ich habe gehört, (...) daß Leute in der Ernährung von uns abhängig werden können. Einige meinen, daß sei keine gute Nachricht. Für mich ist das eine gute Nachricht, denn ehe jemand irgendetwas tut, muß er zu essen haben. Und wenn wir nach einem Weg suchen, wie man andere dazu bringen kann, sich an uns anzulehnen und in ihrer Zusammenarbeit mit uns in Abhängigkeit von uns zu geraten, dann scheint mir, daß Abhängigkeit in der Ernährung eine großartige Sache wäre.

Hubert Humphrey, ehemaliger Senator von Minnesota und Ex-US-Vizepräsident mit engen Verbindungen zum Getreidekonzern Cargill.

Mächtiger als Raketen Titel einer Schrift, die vom amerikanischen Verband der Futtermittelhersteller herausgegeben wurde.

Bis zu 370 Prozent Kapitalwachstum in 3 1/2 Jahren! Investieren Sie in die am schnellsten wachsende Industrie der Welt. Verdienen Sie an der Weltnahrungsmittelknappheit. Jährliches Einkommen oder großes Kapitalwachstum. Beteiligung ab 500 US-Dollar. Ausführliche Informationen erhalten Sie von Great Western Cattle Company, N.Y., 6 Frankfurt, Wilhelm-Hauff-Str. 5.

Text einer Anzeige in der Zeitschrift „Medizinische Welt“

- 1980 wurden weltweit 500 Milliarden US-Dollar für Rüstung ausgegeben;
- 1980 starben 30 Millionen Menschen an Hunger;
- 1980 zählte man 1 Milliarde unterernährter Menschen;
- 1980 gaben die Industriestaaten 20 Milliarden an öffentlicher Entwicklungshilfe aus;
- die dritte Welt produziert mehr Nahrungsmittel als sie zur Versorgung braucht. Während 150 Millionen Menschen in Lateinamerika unterernährt sind, exportiert dieser Raum mehr Lebensmittel, als er importiert;
- 1970 exportierten 36 der ärmsten Länder der Erde Agrarexporte in die USA;
- im Hungerjahr 1971 exportierte das Sahel-Zonenland Mali 14,5 Millionen kg Gemüse nach Europa.

HUNGERSNOT IN AFRIKA



Die bisher schlimmste Katastrophe hat begonnen

Es sind relativ kleine Meldungen, kurze Artikel, die in diesen Tagen und Wochen Schreckliches zu verkünden haben: In Afrika droht die bisher größte Hungersnot — die Katastrophe, die in den frühen siebziger Jahren in der Sahel-Zone Hunderttausenden das Leben kostete, soll noch übertroffen werden.

Seit mehr als einem Jahr sind Zahlen und Daten bekannt, gibt es Prognosen aller möglichen Organisationen und Behörden, die sich in einem einig sind: die schlimmste Nahrungsmittelkrise Afrikas wird in diesem Jahr, wird 1984 fürchterliche Folgen haben ...

Beeren zum Essen, um zu überleben. 100000 Menschen, einhunderttausend starben hier.

Und diese Hungersnot unterschied sich noch von allen früheren dadurch, daß bewaffnete Rebellen die Not der Menschen noch verschlimmerten. Seit 1981 besetzen bewaffnete Banden der von Südafrika unterstützten MNR (Mosambik National-Resistance) Teile von Gasa und Inhambane, sie zerstören Getreidespeicher und verbrennen die Feldfrüchte. Und die Anschläge der MNR beschränken sich nicht allein auf die Landwirtschaft. Die Unterbrechung der Eisenbahnlinie und der Ölleitung zu den Nachbarländern schaltete wichtige Einnahmequellen aus. Die Zerstörung der elektrischen Leitungen am Cabora-Bassa-Damm machte dem Elektrizitätsexport ein Ende. Das Problem Mosambiks, so die britische Entwicklungshilfeorganisation OXFAM, sei nicht die Dürre, sondern die Destabilisierung.

Diese Destabilisierung führte dazu, daß Hilfsaktionen der Regierung ihren Zweck verfehlten. Die Londoner Tageszeitung „The Times“ berichtete im Oktober 1983, daß im Süden Mosambiks über 700000 Menschen an Hunger litten, aber nur 100000 in der Lage waren, sich in den elf Nothilfszentralen zu sammeln. Die übrigen konnten

„dank“ der Aktivitäten der Rebellen die Zentren nicht erreichen. Berichte von MNR-Angriffen auf die Nothilfezentren und weiter verstreut liegende Notlager gehören laut „Frankfurter Rundschau“ vom 13. März dieses Jahres „fast schon zum Alltag“. Dagegen ist die MNR selbst relativ gut versorgt. Es ist beispielsweise bekannt, daß Südafrika im August 1983 die MNR-Einheiten mit aus der Luft abgeworfenen Nahrungsmitteln versorgte. Einhunderttausend Tote — kann da eigentlich noch eine Meldung über eine weitere Katastrophe erschrecken, die Mosambik heimsuchte?

Am 28. Januar 1984 traf der Zyklon „Demaio“ das südliche Mosambik. Nach dem Zyklon traten die Flüsse Incomati, Limpopo, Maputo und andere über die Ufer. Über 200 Menschen kamen um, 49000 verloren ihre Habe und über 350000 mußten zusehen, wie ihre Ernte weggeschwemmt wurde. Die Überschwemmungen wurden noch dadurch verschlimmert, daß die südafrikanischen Behörden die Schleusentore des Pongola-Poort-Dammes öffneten. Salomango, eine kleine Stadt am Maputo-Fluß, wurde vollständig weggespült.

Soweit einiges aus dem Bericht der Wissenschaftler — ein Ausschnitt aus dem, was in 22

Staaten Afrikas bitterer Alltag ist. Alltag in Botswana, im Tschad, Alltag in Ländern von den Kapverden bis Somalia.

Wir können hier nicht auf alle Ursachen dieser afrikanischen Tragödie eingehen. Der Weizen als Waffe — die totale Abhängigkeit der Staaten vom westlichen Imperialismus, die von westlichen Multis diktierte Agrarpolitik in vielen Staaten, die Energieknappheit in den Ländern, verursacht durch die hohen Ölpreise, die fast alle Exporterlöse auffressen, die ökologische Zerstörung durch rigorosen Raubbau der multinationalen Agrarkonzerne — all das sind Themen, die der Rote Morgen in der nächsten Zeit ausführlicher behandeln wird.

Nach den erschütternden Fakten aus Mosambik wollen wir an dieser Stelle nur noch ein Beispiel anführen, einen Bericht aus Kenia, der den ganzen Wahnsinn der offiziellen Politik in Afrika verdeutlicht. Im „Vorwärts“, der Wochenzeitung der SPD, veröffentlichte Peter Laudan einen Bericht über Umweltzerstörungen in Afrika. Wir zitieren hier einiges über die Situation in Kenia, über ein Land im Herzen des von der größten Hungersnot betroffenen Kontinents: „Ananas und Kaffee — Ananas und Kaffee, hundert Kilometer weit, die riesigen Plantagen, nur unterbrochen von

kleinen privaten Feldern, Gärten mit Mais und Bohnen, kaum sichtbar, so winzig gegenüber den beiden beherrschenden ‚cash-crops‘. Kaffee und Ananas bringen Devisen — das ist die Devise der kenianischen Regierung, manifest geworden im Hochland-Dreieck Nairobi-Kaimbu-Muranga.

Wem bringen sie eigentlich Devisen? fragen sich die Tagelöhner, darunter mehr als die Hälfte Frauen und Kinder im schulpflichtigen Alter, die immer abwechselnd Kaffee und Ananas ernten, für umgerechnet zwei Mark am Tag, ohne Sozial- und Rentenversicherung, von Krankenkasse keine Rede. (...)

Den kolonialen Siedlern (von denen es immer noch, jetzt mit kenianischen Pässen, genug gibt), sind die afrikanischen Großgrundbesitzer gefolgt, und jenen die multinationalen Agrarkonzerne. Die Kleinlandwirtschaft der Region wurde legal oder illegal mit juristischen Tricks, durch Preisabsprachen mit Abgeordneten, infolge temporärer Verschuldung, durch Dürre oder Überschwemmungen bei den ursprünglichen Besitzern, enteignet und monopolisiert. Investitionsgarantien der Regierung für Auslandskapital und Erlaubnis zum Rücktransfer der Profite, großzügige Importgenehmigungen für Landwirtschaftsmaschinen zur Großraumbearbeitung und für Kunstdünger und Pestizide ergänzen die gewinnträchtigen Bedingungen für das internationale Großkapital — und heute diktiert der Obst-Multi Del Monte zusammen mit wenigen anderen nicht allein den Weltmarkt für Ananas in Dosen und Frischexporte nach Europa und Amerika, sondern hat auch durchgesetzt, daß er allein noch diese Früchte aus Kenia exportieren darf.

Freilich ist das kein ‚Monopolgeschäft‘: z.B. die bundesdeutsche Industrie ist kräftig beteiligt — sie liefert nicht nur Traktoren und Landbearbeitungsmaschinen, sondern auch den Kunstdünger und die Chemikalien für die Schädlingsbekämpfung — für Ananas und Kaffee. Daß dabei Pannen passieren, wird fast staunend in Kauf genommen: Ananas aus Kenia wurde von der Bundesrepublik nicht für den Import freigegeben, weil die Früchte zuviel DDT enthielten ...

Soweit Eindrücke aus der Landwirtschaft in Kenia — gar nicht so weit entfernt von Mosambik, wo einhunderttausend Menschen verhungert sind und das Sterben weitergeht.



Meldungen

Zentralamerika

Überall sprechen die Waffen

Trotz der „Contadora-Friedensinitiative“ der Wahlen in El Salvador (deren Ausgang bei Redaktionsschluss noch nicht bekannt war) ist die hauptsächlich politische Auseinandersetzung in der ganzen Region wieder mehr und mehr die militärische.

Aufsehen erregte der Fall des sowjetischen Schiffes, das an der nicaraguanischen Pazifikküste vor dem Hafen von Puerto Sandino, auf eine Mine gelaufen ist. Contrás, Rebellen gegen die revolutionäre Regierung hatten den Hafen vermint. Auch auf der gegenüberliegenden Seite des Landes an der südlichen Atlantikküste nehmen die Gefechte zu. Hier haben es die nicaraguanischen Regierungstruppen und Milizen vor allem mit starken Einheiten der ARDE zu tun, der Kampftruppe des Contrás Eden Pastora, die von Costa Rica aus operiert. In der Nähe der Ortschaften La Tronquera und Nueva Guinea sind in der vergangenen Woche 35 sandinistische Soldaten und mindestens 70 Contrás gefallen.

Weitere Berichte zeugen von Kampfhandlungen der Guerilla gegen die guatemaltekeische Regierung. In der vergangenen Woche kam es in der Provinz Suchitepequez zu Gefechten. Die Armee bestätigte die Kämpfe, machte aber keinerlei Angaben über die Opfer.

In Honduras ist die berüchtigte sogenannte Anti-Terror-Brigade „Cobras“ gegen streikende Arbeiter eingesetzt worden. Rund 600 Arbeiter sind in der vergangenen Woche verhaftet worden, nachdem sie den Sitz der Nationalen Elektrizitätsgesellschaft besetzt hatten. Ihr Streik und die Besetzung waren Protestaktionen gegen die Verhaftung des Gewerkschaftsführers Rolando Vindel, der verschwunden ist und sich in den Händen der Polizei befinden soll. Der brutale Einsatz der „Cobras“ gegen die Arbeiter in der Hauptstadt von Honduras, Tegucigalpa, zeigt, daß der Krieg in all diesen Ländern Alltag ist.

Die US-Administration reagiert „wie immer“ auf die sich zuspitzende Lage: Im April und Mai werden in der Karibik und im gesamten Raum bis vor den Golf von Mexiko Großmanöver stattfinden. An diesem Manöver „Ocean Venture“ werden über 30 000 nordamerikanische Soldaten teilnehmen, darunter Soldaten von Luftlandeeinheiten und Amphibieneinheiten. Dazu kommen noch 250 Kampfflugzeuge und der Flugzeugträger „America“.

Zusammen mit den schon lange laufenden Großmanövern in Honduras, an der Grenze zu Nicaragua wird deutlich, daß die USA wieder verstärkt auf die militärische Karte setzen.



Indien: 300 000 Hafenarbeiter streiken

Polizeimassaker in Arbeitervierteln

Die Hafenstadt Pardip im nordostindischen Bundesstaat Orissa, unterhalb der Gangesmündung war in der vergangenen Woche der Schauplatz eines furchterlichen Massakers. Nach einem Streik von über 300 000 Hafenarbeitern in zehn Städten, in dessen Verlauf es zu gewaltsamen Auseinandersetzungen kam, brannte die Polizei ein Arbeiterviertel nieder und ermordete viele Bewohner.

Am 20. März war es während des Streiks zu schweren Auseinandersetzungen gekommen. Es gab acht Tote, vier davon waren Polizisten. Die Racheaktion der Polizei wurde dann von einer Untersuchungskommission der parlamentarischen Opposition in Indien an die Weltöffentlichkeit gebracht.

Nach diesem Bericht richtete die Polizei ein wahres Blutbad unter der Zivilbevölkerung an, um sich für den Tod ihrer vier Kollegen zu rächen. Über 100 Tote soll es gegeben haben, ein Reporter der „Hindustan Times“, der sich ebenfalls in der durch den Hafenarbeiterstreik völlig lahmgelegten Stadt Pardip aufhielt, sprach sogar von

300 Toten.

Nach Angaben der Parlamentarier veranstaltete die Polizei ein wahres Gemetzel. Die Polizisten zündeten rund 3 000 Hütten an, warfen Gettete oder Verletzte in die Flammen oder ließen sie auf Lastwagen abtransportieren und ins Meer werfen. Die „Hindustan Times“ fühlte sich an die Massenmorde im Bundesstaat Assam vor einem Jahr erinnert, als dort etwa 3 500 Menschen starben. Die Zeitung beschreibt die Situation in der Stadt so: „Halbverbrannte Leichen, Tiergerippe, verformte Küchen- und Haushaltsgeräte liegen über einen Kilometer verstreut am Boden in Staub und Asche. Hier und da steigt noch

Rauch aus den Ruinen hervor. Der Leichengeruch ist unerträglich.“ Von mindestens 32 Verhaftungen berichtet die Zeitung. Ein konkretes Schicksal wird in der „Hindustan Times“ so geschildert: „Jaydev Rout irrte in den Ruinen seines Geschäfts herum. Seine Frau und seine zwei Kinder sind verschwunden. „Ich weiß nicht, ob sie noch am Leben sind“, sagt er. Die Polizisten haben mich aus dem Haus gestoßen und es angezündet.“

Nach Agenturmeldungen wurde der Hafenarbeiterstreik der 300 000 in den zehn nordostindischen Städten am vergangenen Donnerstag weiterhin zu 100 Prozent befolgt.

Jetzt ist die indische Kriegsmarine in Alarmbereitschaft versetzt worden. Sie soll die Hafenzufahrten freihalten und hat damit begonnen, Streikbrecherarbeiten an festliegenden Tankern und Frachtern zu übernehmen.

Der Widerstand soll gebrochen werden — auch mit Gewalt

Britischer Bergarbeiterstreik geht weiter

Der massive Polizeieinsatz, die wohlorganisierte Hetzkampagne in den Medien, das Auskauf-Angebot des Managements — alles dies hat bisher noch nicht zu dem von Kapital und Reaktion gewünschten Ergebnis im Streik der britischen Bergarbeiter geführt: zu seinem Ende. Trotz ständiger Meldungen über wachsenden Widerstand der Mitgliedschaft gegen den „radikalen Kurs“ der Gewerkschaftsführung wuchs die Zahl der bestreikten Zechen weiter an.

Britische Zeitungen sind in diesen Tagen voll von Bildern, die das harte Vorgehen der Polizeitruppen gegen Streikposten zeigen. Straßensperren und Überfälle auf Gewerkschaftsbüros gehen weiter.

Für die Kapitalisten und die konservative Regierung geht es bei diesem Kampf in den verstaatlichten Zechen mehr denn je ums Prinzip. Erneut, wie schon vor zehn Jahren, soll den Bergarbeitern nicht nur weisgemacht werden, nach diesem Kahlschlag, der nun angeblich endgültig der allerletzte sein

soll, gäbe es wieder eine Zukunft für die Arbeiter in den Zechen. Und für die vielen, die das zu Recht nicht glauben, gibt es als Alternative den Polizeiknüppel. Der wesentliche konkrete Inhalt des Kampfes dreht sich auch hier wieder um gewerkschaftliche Grundrechte. Streikposten sollen nur noch vor dem eigenen Betrieb aufgebaut werden dürfen, nicht mehr vor Betrieben desselben Konzerns usw. Das ist die Fortsetzung der Gewerkschaftsgesetze der Jahre 1980 und 1982, die bereits dem „Kampf gegen den Gewerk-

schaftsstaat“ dienen, wie ihn die Kapitalisten ausgerufen hatten. Die entscheidende Zielrichtung ist das weitere Zurückdrängen der gewerkschaftlichen Kraft insgesamt, wobei eine entscheidende Niederlage gerade der starken Bergarbeiter natürlich ein wichtiger Schritt wäre, der weiteren Angriffen Tür und Tor öffnen könnte.

Zahlreiche Solidaritätsaktionen der Gewerkschaften der Transportarbeiter und der Eisenbahner haben in den letzten Tagen die Behauptung widerlegt, der Kampf vor allem der Yorkshire-Kumpel wäre total isoliert. Daß die IG Bergbau und Energie sich von dieser auch international wachsenden Solidarität ausnimmt, mag Kenner der Materie wenig überraschen, macht aber deutlich, daß Solidarität mit diesem Kampf um so dringender nötig ist.

Jarosciewicz veröffentlicht Verteidigungsschrift

Polen vor dem Prozeß gegen Exministerpräsidenten

„Die kollektive Führung hat Polen in die Krise gebracht — Jaruzelski war dabei“

Zwei Ereignisse der jüngsten Zeit zeigen sehr deutlich, daß die revisionistische Führung der PVAP wieder Richtung aufnimmt — im Kurs der Zeit vor 1980. Zum einen die jüngste Parteidelegiertenkonferenz, die ausschließlich mit den im angeblich realen Sozialismus üblichen Floskeln arbeitete, zum anderen der Prozeß gegen den Ministerpräsidenten der VR Polen der Jahre 1971—1980, P. Jarosciewicz.

Er wird in der Anklage als Hauptverantwortlicher der katastrophalen Entwicklung am Ende dieses Zeitraumes bezeichnet. Eine Politik der himmelhohen Verschuldung an die westlichen kapitalistischen Länder, der Ausplünderung nationaler Ressourcen, der wachsenden Ausbeutung der Arbeiterklasse und des wachsenden — in offenem Gepränge sichtbar gewordenen — Reichtums einer kleinen Schicht von Bonzen, Bürokraten und Geschäfte-

machern.

Nun hat Jarosciewicz seine Verteidigungsschrift in die Öffentlichkeit gebracht, aus der vor allem zwei Punkte herausragen. Zum einen macht er seinerseits die RGW-Politik für die drastische Verschlechterung der Lage in Polen mitverantwortlich. Der RGW habe Lieferungen eingefroren, die dann für teure Devisen hätten gekauft werden müssen. Neben dieser (wohl höchstens ansatzweise richtigen) Behauptung

aber stellt er einfach noch eine andere Tatsache fest: daß entsprechende Beschlüsse im Politbüro der PVAP einstimmig gefaßt worden seien. Und daß Jaruzelski, der heutige Parteivorsitzende, ja schließlich Mitglied dieses Gremiums gewesen sei.

Viel bewirken wird diese Schrift wohl nicht — geht es der heutigen Führung doch darum, die sogenannte „nationale Versöhnung“ zu betreiben, indem sie einige besonders exponierte Personen der damaligen Zeit aburteilen läßt. Von den von der polnischen Arbeiterklasse erhobenen Forderungen ist gegenwärtig ohnehin nicht mehr die Rede — auf der Parteikonferenz jedenfalls wurden sie nicht einmal mehr erwähnt ...

25 Jahre Pan Africanist Congress of Azania PAC

6. April 1984, 18.00 Uhr, Bonn

Zum 25jährigen Bestehen der Widerstandsorganisation Pan Africanist Congress of Azania (Südafrika) findet in Bonn eine Veranstaltung statt, bei der u. a. ein Vertreter des PAC reden wird.

Hunderttausende gegen Craxi



Die größte Demonstration seit zwanzig Jahren erlebte Rom am vergangenen Wochenende. Gut 700 000 Arbeiter (es gibt auch noch höhere Schätzungen) demonstrierten in Rom gegen die Pläne der „sozialistischen“ Regierung Craxi, die in Italien von den Arbeitern erkämpfte automatische Anpassung der Löhne und Gehälter an die Preissteigerungsrate aufzuheben.

Wenige Stunden vor der Demonstration hatte der Senat in Rom der Regierung das Vertrauen ausgesprochen und damit den Lohnsenkungsplänen Craxis grünes Licht erteilt. Bei Teuerungsraten von 15 bis 20 Prozent jährlich praktisch per Notverordnung eine Lohnsenkung herbeiführen, das — so zeigte die Großdemonstration — werden die italienischen Arbeiter nicht hinnehmen.

Hungerstreik in türkischen Gefängnissen

Die Folterer geben nicht nach

Solidaritätsaktion der Grünen

Unverändert kritisch ist die Situation tausender politischer Gefangener in der Türkei. Nachdem ein Hungerstreik in Diyarbakir elf Tote forderte, wächst jetzt die Sorge um 450 Häftlinge im Militärgefängnis Mamak in Ankara. Diese Häftlinge befinden sich seit über einem Monat im Hungerstreik.

Mindestens schon zwanzig der hungerstreikenden politischen Gefangenen von Ankara sind in Krankenhäuser verlegt worden. Ihr Gesundheitszustand ist, so heißt es, „besorgniserregend“. Der Hungerstreik ist von den Gefangenen begonnen worden, um gegen die unmenschliche Behandlung, die Mißhandlungen und die Folter in den Verliehen der Militärdiktatur zu protestieren.

In vielen Ländern, auch in der Bundesrepublik, gab es schon verschiedenste Solidaritätsaktionen. Diese Aktionen sind enorm wichtig, denn nur durch internationalen Druck können die Folterknechte veranlaßt werden, die Gefangenen „normal“ zu behandeln.

In der Türkei hat sich jetzt auch eine Gruppe von 23 Rechtsanwälten, die alle Gefangenen aus dem Mamak-Gefängnis verteidigen, an die Behörden gewandt, um die Haftbedingungen und die Mißhandlungen anzuklagen.

In der vergangenen Woche kettete sich eine Gruppe Politiker der „Grünen“ und andere auf einem Platz in Ankara an, um auf das Schicksal der Gefangenen aufmerksam zu machen. Unter den Demonstranten war auch der aus der DDR ausgebürgerte Liedermacher Kalle Winkler. Mit einem Transparent und Flugblättern demon-

strierte die Gruppe unter folgenden Parolen: „Mamak, Diyarbakir und Metris (Gefängnisorte, RM): mit Folter und Hinrichtungen keine Demokratie — Generalamnestie“, „Für die Achtung der Menschenrechte in Ost und West — auch für Türken und Kurden“, „Gegen die Vertreibung von Türken aus der Bundesrepublik Deutschland“.

Nur wenige Minuten bleiben die Demonstranten unbehelligt. Dann tauchte Polizei auf, drängte die Zuschauer ab und verhaftete nicht nur die Demonstranten sondern auch anwesende ausländische Journalisten. Die Teilnehmer der Protestaktion wurden nach kurzer Haft in ein Flugzeug gesetzt und abgeschoben. Auch Journalisten erging es nicht anders. Dem ZDF-Korrespondenten Horst Werner wurde das gesamte Filmmaterial, das er von der Aktion gedreht hat, beschlagnahmt, auch er mußte sofort die Türkei verlassen.

Die türkischen Diktatoren fürchten das Bekanntwerden ihrer Praktiken. Sie haben Angst davor, daß ihre ausländischen Geldgeber, wie etwa die Bundesregierung, unter dem Druck einer empörten Öffentlichkeit in der Unterstützung des Regimes nachlassen könnte. Genau das ist es, was man erreichen muß.

500000 leiden an Tabletten sucht

Wie die Süchtigen gemacht werden

Geheime Studie der Pharmaindustrie entdeckt

Eine halbe Million Menschen sind in der Bundesrepublik von bestimmten Medikamenten abhängig, süchtig. Schon lange vermutet, aber nie zu beweisen, war der Zusammenhang mit der Verschreibungspraxis der Ärzte.

In Nordrhein-Westfalen enthüllte der Arbeits- und Sozialminister Friedhelm Farthmann jetzt eine geheime Studie der Pharmaindustrie, die genau diesen Zusammenhang beweist, die die krankmachende Verschreibungspraxis vieler Ärzte belegt.

Schon jahrelang macht die Pharmaindustrie regelmäßig Umfragen über die Verschreibungspraxis der Ärzte. Diese Umfragen, der sogenannte Verschreibungsindex, wird jährlich anhand der Rezepte von 1800 niedergelassenen Ärzten erstellt. Bislang war sie immer geheim geblieben, selbst Anfragen zuständiger Behörden wurden abgewiesen. In Nordrhein-Westfalen ist jetzt der Verschreibungsindex für 1980 öffentlich gemacht worden. Wie man daran gekommen ist, ist unbekannt, aber auch egal, wichtig sind die alarmierenden Fakten, die bekannt wurden.

Im folgenden einige Einzelheiten aus den 3000 Seiten dieser Statistik. Fangen wir mit den horrenden Meldungen über die „Behandlung“ von Kleinkindern an.

ten Tranquilizern und Neuroleptika nach. Hochgerechnet kommen danach auf 8,1 Millionen Kinder bis zu elf Jahren, die in der Bundesrepublik leben, 950000 Verordnungen für Tranquilizer, Schlaf- und Beruhigungsmittel. Tranquilizer, wie z.B. Valium sind mittlerweile auch von Medizinern ziemlich umstrittene Mittel. Sie in solchen Mengen an Kinder zu verordnen, kann nur einen Erfolg haben: die jungen Menschen auch an die Pille als einzigen Nothelfer zu gewöhnen.

Ähnlich erschreckend sind die Zahlen, die die Verschreibung an Schwangere belegen. Bei 790000 Diagnosefällen „Schwangerschaft“ wurden 913000 Mittel verordnet, davon fast jedes fünfte gegen Erbrechen. Meistverordnetes Mittel

Medizinern gerade während der ersten Wochen und Monate der Schwangerschaft gewarnt wird. Nebenbei: auch noch 10000 Verordnungen von Beruhigungsmitteln wie Valium — während einer Schwangerschaft nachgewiesenermaßen gefährlich.

Weitere Zahlen aus dem Bericht: Bei der Diagnose „Kopfschmerz“ seien Männern zwischen 30 und 55 Jahren in 1,3 Millionen Fällen Schmerzmittel

verschrieben worden, gleichaltrigen Frauen sogar doppelt soviel. Bei einer Pressekonferenz, bei der der Bericht vorgestellt wurde, verwies Farthmann darauf, daß gerade Frauen zwischen 40 und 65 Jahren „zunehmend von der Medikamentenabhängigkeit bedroht“ seien. Auf insgesamt 9,5 Millionen Frauen dieser Altersgruppe in der Bundesrepublik seien allein 1980 insgesamt 144 Millionen Verschreibungen gekommen.

Statistisch gesehen, dürfte es zwischen Flensburg und München keine Frau dieser Altersgruppe mehr geben, die nicht täglich mindestens ein bis zwei Psychopharmaka oder Schmerzmittel einnimmt...

Rückleuchte

Sie hatten gerichtet und feierten ein Richtfest. Fünf Richter des zweiten Strafsenats der Westberliner Justiz. Sie hatten gerade die beiden Journalisten Benny Härlin und Michael Klöckner zu je zweieinhalb Jahren Gefängnis verurteilt. Wegen ihrer Mitarbeit an der Zeitung „radikal“ waren die beiden nach dem umstrittenen § 129 des Strafgesetzbuches wegen „Werbens für eine terroristische Vereinigung“ von eben den Richtern verknackt worden, die sich nach der Urteilsverkündung zum „Richtfest“ trafen.

Während sich die demokratische Öffentlichkeit über dieses Schandurteil empörte, trafen sich die fünf Richter und — in guter Komplizenschaft ein Staatsanwalt, ein Pflichtverteidiger (!) und weitere Justizangehörige in Hinterzimmern der Justiz.

Nichts wäre herausgekommen, wäre nicht folgendes passiert: Der Vorsitzende Richter des zweiten Strafsenats, Richter Dieter Palhoff schaffte den Weg durchs Gerichtsgebäude nicht mehr aufrecht. Er stürzte und verletzte sich schwer am Kopf. Folge von Alkoholgenuß in den Diensträumen oder Schwächeanfall? Schnaps- und Bierflaschen fand man im Zimmer, wo die ehrenwerte Versammlung nach der Urteilsverkündung „zum Essen zusammengekommen“ war.

Diese Feier, dieses makabre Richtfest hat jetzt Folgen. Im „Einvernehmen mit dem Justizsenator leitete der Präsident des Kammergerichts gegen fünf Richter des zweiten Strafsenats disziplinarische Vorermittlungen ein“. Wetten, daß nichts dabei herauskommt?

Und wenn schon — mehr als ein Verstoß gegen das Verbot in Diensträumen Alkohol zu trinken liegt ja gegen die Teilnehmer des Richtfestes nicht vor. Daß man nach dem „radikal“-Urteil Freude darüber zeigt, es den Linken mal wieder gezeigt zu haben, ist ja nicht strafbar...



Gefährliche Mittel: Neuroleptika

Danach wurden Säuglingen und Kleinkindern in 36000 Fällen auf die Psyche wirkende Medikamente, in 60000 Fällen Schlaf- und Beruhigungsmittel verordnet. Für Ein- bis Fünfjährige weist die Statistik 184000 Verschreibungen von sogenann-

ten „Lenotan“, das seit Mitte letzten Jahres nicht mehr produziert wird, weil in den USA der Verdacht auf Mißbildungen laut wurde. Weiter enthüllte die Statistik, daß Schwangere in 50000 Fällen Sexualhormone erhielten, vor denen in den USA von

Gefunden in der „taz“:

Selbst Scheiße ist nicht sicher vor dem Pentagon:

Auftrag ausgeführt, Latrine vernichtet

Washington (taz). Niemand kauft dieser Tage so viel und so exotisch und teuer wie das Pentagon zu Washington. Weil die Beschaffungs-Bürokraten der Reagan-Administration sich neben dem großen Krieg auf viele kleine Kriege in allen Winkeln der Erde vorbereiten, langen sie gehörig zu, kaufen Flugzeugträger für über drei Milliarden Dollars das Stück, blitzende Jagdflugzeuge und genügend Atomsprenköpfe, um die Welt zu Pulver zu verarbeiten. So weit reichen die Obsessionen der Militärs und so locker sitzt ihnen das Geld, daß sie sich nun für vier Milliarden Dollars einen Latrinen-Killer zugelegt haben. Die derart hygienebewußte Maschine hört auf den Namen DIVAD und sollte Amerikas Antwort auf ein sowjetisches Flugabwehrgeschütz sein, das die israelische Armee nach dem Sechstage-Krieg 1973 erbeutet hatte und von dem es hieß, daß es dank seines Radars vor allem auf die Rotorblätter von

Hubschraubern zielt und diese so zum Absturz bringe. Klar, daß den amerikanischen Militärs ob solcher Mär der Speichel aus den Mündern troff, weshalb sie ihren eigenen Hubschrauber-Töter entwickelten und sorgsam darauf achteten, daß er dem primitiven sowjetischen Gegenstück um Meilen voraus war. Es entstand DIVAD, zwei 40mm Kanonen auf einer Selbstfahrlafette, gesteuert vom allerneuesten Radar und mehreren, hochentwickelten Computern. Vor wenigen Wochen nun, so berichtete das amerikanische Branchenmagazin „Defense Week“, testete die Herstellerfirma Ford das 6,8 Millionen teure Stück im Beisein hoher Pentagon-Vertreter. Vor der Beobachter-Tribüne hatten die Veranstalter einen Hubschrauber nachgebaut, in den ihre Maschine dem Plan nach hätte hineinhalten sollen. Statt der sich drehenden Hubschrauber-Rotoren aber machte die Bord-Elektronik

der Wundermaschine einen Ventilator an der Decke eines nahegelegenen Scheißhauses aus, der Turm schwang herum und zielte auf die Latrine. Das war selbst dem Pentagon zuviel. Der zuständige Bürokrat schrieb Ford, daß die Leistung des Flugabwehrgeschützes „vollkommen unakzeptabel“ sei und drohte mit der Einstellung des Waffenprogramms trotz der bereits ausgegebenen vier Mrd. Dollars. Und der mächtige Kongreßabgeordnete Joseph Addabbo nannte DIVAD eine „schwachsinnige Waffe“. Der Hersteller allerdings ist überzeugt, daß DIVAD dennoch gebaut wird. Der Käufer ist immerhin eine Behörde, die in der Vergangenheit für eine einzelne einfache Schraube bis zu 900 Dollar bezahlt hat. Und was die Einsatzmöglichkeiten des Geschützes angeht, so weiß schließlich jeder, daß auch Kommunisten ihre Notdurft irgendwo verrichten.

Martin Kilian

PINWAND

Parteiveranstaltungen, Treffs, Termine

GELSENKIRCHEN

Gemeinsame Diskussionsveranstaltung von KPD, DS und Gelsenkirchener Marxisten-Leninisten: „Einheit der revolutionären Sozialisten“.

Es spricht: Helmut Weiss, Chefredakteur „Roter Morgen“
Gaststätte Kaupmann, Grillostr./Ecke Dresdner Straße
Freitag, 30. März, 20 Uhr

HAMBURG

Gemeinsame Veranstaltung der IG Druck und Papier und der GEW zum Thema „Aufrüstung in der Bundesrepublik“ (mit Film)

Curio-Haus (Großer Saal), Rothenbaumchaussee 15
Donnerstag, 5. April, 18.00 Uhr

ESSEN

Koordinationstreffen von Aktivisten der 35-Stunden-Woche, mit Auswertung und Diskussion solcher Themen wie „betriebliche Mobilisierung“ und „gewerkschaftliche Taktik“
Zeche Carl, Hömannstr. 10
Mittwoch, 18. April, 18.30 Uhr

Einladung

zur Frauenkonferenz der KPD am 7./8. April 1984

Liebe Genossinnen, folgendes wollen wir auf unserer Konferenz diskutieren:

1. Zusammenfassung der bisherigen Ansätze von Frauenarbeit in unserer Partei
 2. Wie stellen wir uns die weitere Arbeit vor? (Probleme der Anleitung und konkreteren Frauenpolitik der Partei)
 - 3.1 Verabschiedung einer Frauenresolution
- Zu den Punkten 1. und 2. halten wir eine Unterteilung in
- a) Betriebs- und Gewerkschaftsfrauenarbeit
 - b) Mitarbeit in betrieblich orientierten Frauengruppen (z. B. Hoesch / HDW)
 - c) Mitarbeit in autonomen Frauengruppen
 - d) Hausfrauenarbeit

für notwendig. Hier wollen wir die Erfahrungen, anstehende Aufgaben und Probleme während der Konferenz vor allem in Arbeitsgruppen diskutieren.

Als weitere Diskussionsthemen (im Plenum) sind geplant: Probleme der Frauen in der KPD, Pro und Kontra Teilzeitarbeit.

Wir laden ein: Genossinnen, die bereits aktiv Frauenarbeit in einem der o.g. Bereiche (a-d) machen.

Anmeldungen möglichst umgehend, spätestens aber bis zum 30. 3. 1984 (damit wir euch noch rechtzeitig Arbeitsunterlagen zuschicken können, Tagesordnung etc.)

Termin: Anreise 6. 4. abends oder 7. 4. morgens, Ende der Konferenz 8. 4., 15.00 Uhr.

P.S.: Ihr müßt mit einem Unkostenbeitrag zwischen 25,— und 40,— DM rechnen.

Ich möchte an einer Frauenkonferenz der KPD teilnehmen

Name Vorname

Anschrift

Beruf Unterschrift

Bitte einsenden an: KPD, Wellingerhof Str. 103, 4600 Dortmund 30.

4800 Bielefeld 1, Parteibüro der KPD, Schildescher Str. 53, geöffnet: Mi 17 - 18 Uhr.

4630 Bochum, Kontaktadresse: Jochen Beyer, Josefinenstr. 110.

2800 Bremen (Walle), Buchladen Roter Morgen, Waller Heerstr. 70, Tel.: (0421) 393888, geöffnet: Mi - Fr 17 - 18 Uhr, Sa 10 - 12 Uhr.

4600 Dortmund 1, Parteibüro Ortsgruppe Dortmund, Stollenstr. 12 (Eingang Clausthaler Str.), Fr. 17 - 19 Uhr.

4100 Duisburg 12, Kontaktadresse: D. Feldmann, Metzger Str. 24, Tel.: (0203) 443014.

4000 Düsseldorf (Eller), Kontaktmöglichkeit zur KPD: Antifaz, Antifaschistisches Zentrum, Alt-Eller 7, geöffnet: Sa 10 - 12 Uhr.

2000 Hamburg 6, Thälmann-Buchhandlung, Margarethenstr. 58, Tel.: (040) 430709, geöffnet: Mo - Fr 10 - 18 Uhr, Sa 9 - 12 Uhr.

Parteibüros der KPD und Kontaktmöglichkeiten zur Partei

Die Parteibüros sind Kontaktstellen der KPD, der Kommunistischen Jugend Deutschlands, Jugendorganisation der KPD, und der Kommunistischen Studenten. Hier sind sämtliche Veröffentlichungen der Partei zu bekommen. ZENTRAALKOMITEE DER KPD, REDAKTION Roter Morgen, 4600 Dortmund 30, Wellingerhof Str. 103, Tel.: (0231) 433691 und 433692.

3000 Hannover 91, Kontaktadresse südliches Niedersachsen, Wolf-Jürgen Herzog, Ossietzkyring 29, Tel.: (0511) 466529.

7100 Heilbronn, Kontaktadresse: F.-H. Stockmar, Eisenbahnstr. 3/1.

2300 Kiel 1, Bücherbörse Karola Firzlaff, Gutenbergstr. 46, Tel.: (0431) 567702, geöffnet: Mo, Di, Do + Fr 9 - 13 Uhr und 15 - 18 Uhr; Mi 9 - 13 Uhr; Sa 10 - 13 Uhr.

5090 Leverkusen 3, Kontaktadresse: A. Brand, Kantstr. 20, Tel.: (02171) 41318.

6700 Ludwigshafen, Kontaktmöglichkeit zur KPD Rheinland-Pfalz/Saar: W. Rohr, Frankenthaler Str. 186, Tel.: (0621) 523966.

7000 Stuttgart 1, Parteibüro der KPD, Haußmannstr. 107, Tel.: (0711) 432388, geöffnet: Mo + Fr 16.30 - 18.30 Uhr, Mi 17.30 - 18.30 Uhr.